

Dialog und Verständigung statt Gewalt und Zerstörung

Zum kurdisch-türkisch-deutschen Dialog
für eine politische Lösung des Krieges in der Türkei



So verstanden heißt Frieden:
»Das, was sich vorher entgegenstand, findet zusammen;
das, was sich vorher ausschloss, erkennt sich gegenseitig an;
das, was sich vorher bekämpfte, verletzte, bekriegte
und sich sogar vielleicht vernichten wollte,
betrauert die Opfer beider Seiten und das Leid,
das sie einander zugefügt haben.«

Bert Hellinger

Die Nützlichen Nachrichten werden vom Dialog-Kreis herausgegeben.

Bestellungen dieser **Nützlichen Nachrichten**
möglichst mit Briefmarkenspenden an:

Dialog-Kreis, Postfach 90 31 70 in 51124 Köln
Tel. 0 22 03/1 26 76, Fax 0 22 03/1 26 77

dialogkreis@t-online.de, www.dialogkreis.de

Für Ihre Spenden und Beiträge steht unser Konto Dialog-Kreis,
Konto-Nr. 915 25 39, BLZ 370 501 98 bei
der Stadtsparkasse Köln natürlich auch zur Verfügung.

Editorial

In dieser Ausgabe häufen sich wiederum die negativen Aussagen über die menschenrechtliche Wirklichkeit in der Türkei und es gäbe davon viel mehr zu berichten, als wir an Verletzungen wiedergeben können. Und doch liegt über der vielfältigen Berichterstattung in diesem Heft auch ein Hauch von Optimismus, dass die bleierne Zeit in der Türkei überwunden werden könnte. Es gibt durchaus politische und wirtschaftliche Erfolge. Natürlich wäre die Lösung der Zypernfrage ein großer Schritt vorwärts.

Ihre Aufmerksamkeit möchte ich besonders auf das Interview mit dem türkischen Admiral Atilla Kiyat lenken, auf das sich auch mein Kommentar bezieht.

Ein Schwerpunkt des Heftes ist auch die Entwicklung der Situation in Nord-Irak. Die Verbesserung der Beziehungen zwischen den USA und der Türkei beeinträchtigen die Hoffnungen der dortigen Kurden auf eine für sie angemessene föderale Lösung. Da die Veränderungen in der Türkei sehr eng mit dem angestrebten EU-Beitritt verbunden sind, stellten wir die Argumente der deutschen Opposition gegen einen Türkei-Beitritt zusammen.

Gegenwärtig und besonders nach Lösung der Zypern-Frage sehen wir unsere wichtigste Aufgabe darin, die Kurdenfrage im Sinne einer friedlichen politischen Lösung wieder verstärkt auf die Tagesordnung zu bringen. Wir freuen uns über jeden der dazu beiträgt.

Freundlich grüßt Sie

Ihr

Andreas Buro

Koordinator des Dialog-Kreises

Kurdisch???

Nachdem das türkische Parlament im vergangenen Sommer das kurdische Sprachverbot in den Massenmedien aufgehoben hat, erließ die staatliche Medienaufsicht RTÜK die Ausführungsbestimmungen für die Gesetzesänderung. Danach dürfen landesweite staatliche und private TV-Stationen täglich höchstens 45 Minuten und wöchentlich maximal vier Stunden auf Kurdisch senden. Im Radio sind täglich 60 Minuten bis zu einer Obergrenze von fünf Stunden in der Woche erlaubt.

Die Sendungen müssen auf Erwachsene ausgerichtet sein und können Nachrichten, Musik oder Kultursendungen sein. Eine Sprachvermittlung darf nicht stattfinden.

Die Durchführungsverordnung für Sendungen in Sprachen und Dialekten, die die Bürger der Türkei im Alltag benutzen, trat durch die Veröffentlichung im Amtsblatt vom 25. Januar in Kraft.

Wie wir in NN 4/03 berichtet haben, zeigen sich die türkischen Behörden auch bei der Zulassung kurdischer Vornamen in der Praxis restriktiv. Namen mit den Buchstaben w, x und q bleiben verboten. Diese drei Lettern gibt es zwar im Kurdischen, nicht aber im türkischen Alphabet.

Mit Problemen verbunden ist auch der seit einigen Monaten freigegebene Kurdisch-Kurs. Nachdem am 5. Dezember 2003 die Durchführungsverordnung zum Erlernen von Sprachen und Dialekten, die die Bürger der Türkei im Alltag benutzen, verabschiedet wurde, hat nun das Generaldirektorat für Privatunterricht das entsprechende Curriculum (Programm für Kurdischkurse) an die Privatschulen geschickt.

Kurdisch ist zwar auf dem Papier erlaubt, sie als Behördensprache und in öffentlichen Medien anzuwenden, ist aber immer noch verboten oder stark eingeschränkt. Da mischen sich „sogar“ Generäle ein. Der General der Gendarmerie in Diyarbakir verlangte von den Standesämtern, die Personen aufzulisten, die einen kurdischen Namen haben oder ihren Kindern kurdische Namen geben. Warum, weil dieser Personenkreis zu den potenziellen Terroristen gehören.

(FR, 19.11.03; H, 3., 24. und 26.1.04; ÖP, 6. und 28.12.03, 24., 26., 28. und 29.1.04)

Impressum

Die Nützlichen Nachrichten erscheinen in unregelmäßiger Folge, möglichst jedoch 4 x jährlich.

Sie werden herausgegeben vom DIALOG-KREIS

„Die Zeit ist reif für eine politische Lösung im Konflikt zwischen Türken und Kurden“

Postfach 90 31 70, 51124 Köln

Tel. 0 22 03/1 26 76, Fax 0 22 03/1 26 77

E-Mail: dialogkreis@t-online.de, <http://www.dialogkreis.de>

Redaktionsgruppe: Andreas Buro, Mehmet Sahin,

Luise Schatz, Mani Stenner

Die Arbeit des Dialog-Kreises ist auf Spenden und Unterstützungsbeiträge angewiesen.

Spendenkonto: Dialog-Kreis, Kontonummer 915 25 39, BLZ 370 501 98 bei der Stadtsparkasse Köln.

Diese Publikation wird vom Kirchlichen Entwicklungsdienst der Evangelischen Kirche in Deutschland durch den ABP gefördert.

Verwendete Kürzel für türkische Presse:
C=Cumhuriyet; H=Hürriyet; M=Milliyet;
ÖP=Özgür Politika; R=Radikal; S=Sabah

Vorsitzende von Gök-Der verurteilt

Vor dem Staatssicherheitsgericht (DGM) in Istanbul ging am 19. Januar der Prozess gegen Sefika Gürbüz, die Vorsitzende des Vereins der Vertriebenen (Gök-Der) und den Soziologen Mehmet Barut zu Ende. Sie waren wegen der Studie über Vertriebene in der Türkei angeklagt worden. Das Staatssicherheitsgericht in Istanbul sprach Sefika Gürbüz nach § 312 TSG schuldig. Sie soll durch die Befragung das Volk zu Hass und Feindschaft angestachelt haben. Sie erhielt eine Haftstrafe von 10 Monaten, die in eine Geldstrafe von 2,18 Milliarden TL umgewandelt wurden. Mehmet Barut wurde freigesprochen.

Die wesentlichen Teile dieser wichtigen soziologischen Studie von Gök-Der hat der Dialog-Kreis ins Deutsche übersetzt und herausgegeben. Der Titel lautet: „Zur Lage und zu den Erwartungen der kurdischen Vertriebenen – Eine Studie von Gök-Der“. Die Broschüre kann noch beim Dialog-Kreis bestellt werden.

(Özgür Gündem, 20.1.04; ÖP, 21.1.04)

Die Anwendung der kurdischen Sprache ist strafbar

Das Amtsgericht in Urfa hat Abdülmelik Firat, Vorsitzender der Partei für Recht und Freiheiten (Hak-Par) zu einer Haftstrafe von 6 Monaten und 1,3 Milliarden TL verurteilt, weil er auf einer Veranstaltung seiner Partei am 9. Mai 2002 Kurdisch gesprochen hat. Die Haftstrafe wurde in eine Geldstrafe umgewandelt. Außerdem wurde der ehemalige Vize-Vorsitzende der Partei, Ibrahim Güclü, in Hazro (Diyarbakir) zu einer Haftstrafe von 6 Monaten und 218 Millionen TL Geldstrafe verurteilt, weil er auf einer Veranstaltung am 3. November 2002 Kurdisch gesprochen hat.

Nach Informationen der Parteiführung ist von der Staatsanwaltschaft in Ankara gegen die Partei gemäß Parteiengesetz der Türkei eine Untersuchung eingeleitet worden, weil auf dem 1. Kongress der HAK-PAR am 4. Januar 2004 in Ankara u.a. auch Kurdisch gesprochen wurde. Seit 2001 läuft beim Verfassungsgericht der Türkei ein Verbotsverfahren gegen HAK-PAR.

Sükran Aydin, die Witwe des am 7. Juli 1991 ermordeten Vorsitzenden der HEP in Diyarbakir, Vedat Aydin, hat zwei Strafen hinnehmen müssen, weil sie in den Wahlveranstaltungen als Kandidatin der DEHAP vor den Wahlen vom 3. November 2002 die Teilnehmer der Wahlveranstaltung in kurdischer Sprache begrüßt hatte. Das Amtsgericht in Kocaköy verurteilte sie am 13. 10. 2003 zu einer Geldstrafe von 1,35 Milliarden TL, weil sie mit dieser Ansprache gegen das Parteiengesetz verstoßen habe. Das Amtsgericht in Kulp, wo Sükran Aydin einen Tag vor der Veranstaltung in Kocaköy (27. 10. 2002) gesprochen hatte, verurteilte sie zusätzlich am 24. 12. 2003 zu einer Geldstrafe von 1,5 Milliarden TL.

(PM von Hak-Par, 13.1.04, ÖP und Yeni Safak, 14.1.04)

Medya TV geschlossen

Der Sendelizenzantrag des kurdischen Fernsehens Medya TV, das seit 30 Juli 1999 seine Sendung aufgenommen hat, wurde vom CSA (Französische Lizenzrat), mit der Begründung, Nachfolgersender für Med TV zu sein, abgelehnt. Die Anwälte des Fernsehens gingen gegen den Beschluss der CSA in Revision. Das französische Revisionsgericht hat am 13. Februar 2004 den Beschluss der CSA bestätigt. Das Urteil wurde dem Pariser Büro von Medya TV übermittelt.

Parallel zu der Urteilsverkündung ging ein Schreiben des Revisionsgerichtes an die Firma ABSAT mit der Aufforderung, die Sendungen sofort einzustellen. Daraufhin wurde ohne die Möglichkeit den Zuschauern eine Erklärung machen zu können, der Sender zum Schweigen gebracht.

Medya TV hatte in 77 Ländern. Neben den drei kurdischen Hauptdialekten wurden Programme in Türkisch, Assyrisch und Arabisch ausgestrahlt.

Am 22. Februar meldete die Tageszeitung Özgür Politika, dass ein neuer Sender Namens ROJ-TV ab dem 1. März auf Sendung geht.

(Centre Kurde des Droits de l'Homme; Tel: +41 22 328 1984, Fax: 328 1983, kurd-chr@bluewin.ch; ÖP, 14. und 22.2.04)

PEN zur kurdischen Sprache

Die Zusammenkunft der Delegierten des Internationalen PEN auf ihrem 69. Weltkongress in Mexiko-City von 22-28. November 2003:

Erinnert daran, dass die Sprachgemeinschaft der Kurden geographisch hauptsächlich auf die vier Länder, der Republik Türkei, der Islamischen Republik Iran, des Irak und Syriens verteilt ist;

Erinnert auch daran, dass, anders als im Irak, die kurdische Sprache und die kurdische Literatur keinen staatlichen Schutz genießen und nicht in den Schulen unterrichtet werden;

Betrachtet das Recht zu sprechen, zu lesen und das Recht auf Erziehung in der Muttersprache als ein Geburtsrecht aller Völker und auch als eine Vorbedingung für einen friedlichen Dialog unter den Völkern;

Betrachtet folglich, wie bei vielen Nationen weltweit der Fall ist, dass die Kurden das Recht haben, mit friedlichen Mitteln selbst zu bestimmen, welche Sprache sie benutzen und welche Literatur sie lesen;

Erinnert mit Nachdruck jede Regierung daran, dass solche grundlegenden Gleichheitsrechte allen Gruppierungen in der Bevölkerung, unter der UNESCO Fahne der kulturellen Verschiedenartigkeit zu ermöglichen sind, die zivilen Gesellschaften ihrer Länder bereichern, das gegenseitige Wohlwollen zwischen unterschiedlichen linguistischen Gruppen erleichtern und folglich eine friedliche demokratische Entwicklung fördern;

Fordert die Regierungen dieser Länder auf, dafür Sorge zu tragen, dass allen Minderheiten in ihren jeweiligen nationalen Bereichen grundlegende sprachliche

Rechte gewährt werden, was dazu beiträgt, schädliche und unnötige kulturelle Konflikte innerhalb ihrer jeweiligen Staatsgebiete zu verhindern;

Appelliert an die türkischen, iranischen und syrischen Behörden, das reiche linguistische und literarische Erbe des kurdischen Volkes anzuerkennen, und alle Gesetze zu widerrufen, die die natürliche sprachliche Verschiedenartigkeit ihrer Länder unterdrücken.

Appelliert an die irakischen Behörden, ihre Verpflichtung zum Schutz der kurdischen Sprache ernst zu nehmen.

Für weitere Informationen: Sara Whyatt,
intpen@gn.apc.org; www.pen-kurd.org

PEN zu Leyla Zana

Die Zusammenkunft der Delegierten des Internationalen PEN auf ihrem 69. Weltkongress in Mexiko-City von 22-28. November 2003:

- Drückt tiefe Besorgnis aus, dass die Aktivistin für kurdische Rechte, die Politikerin und Schriftstellerin Leyla Zana, nach der 9. Gerichtsverhandlung gegen sie am 21. November 2003 weiterhin im Haft bleibt;
- Stellt fest, dass Leyla Zana der Mitgliedschaft in der Kurdischen Arbeiterpartei (PKK) beschuldigt wird, aber dass umfangreiche Diskrepanzen im geführten gerichtlichen Verfahren PEN und andere Beobachter überzeugt haben, dass sie für ihre friedliche und rechtmäßige Unterstützung der kurdischen Rechte bestraft wird;
- Teilt die Auffassung anderer internationaler Organisationen, und, vornehmlich den Beschluss des Europäischen Gericht für Menschenrechte, dass das ursprüngliche Gerichtsverfahren gegen Leyla Zana und die anderen drei kurdischen Politiker, die neben ihr 1994 inhaftiert wurden, unfair war und dass die neuen Gerichtsverhandlungen ähnlich fehlerhaft gewesen sind;
- Unterstreicht, dass Leyla Zana im Jahr 1998 wegen ihrer Schriften im Gefängnis zu einer zusätzlichen Strafe von zwei Jahren verurteilt wurde, und dass dies ein zusätzlicher Bruch der international anerkannten Normen der Menschenrechte ist, vornehmlich des Artikels 10 der Europäischen Menschenrechtskonvention, die die Türkei unterzeichnet hat;
- Lenkt die Aufmerksamkeit auf die Tatsache, dass z. Z. unter den vielen Schriftstellern und Verlegern, gegen die in der Türkei gerichtlich vorgegangen wird, diejenigen sind, die sich auf kurdische Publikationen konzentrieren;
- Ersucht die Gerichtsbehörden, die für den Fall von Leyla Zana zuständig sind, um ihre sofortige Freilassung solange der Ausgang ihrer Gerichtsverhandlung noch offen ist;
- Drängt darauf, dass die Gerichte die internationalen Kritik an den Unregelmäßigkeiten ernst nehmen, die in der ursprünglichen Verhandlung festgestellt worden sind, und auch die weitere Kritik am Prozess des laufenden Wiederaufnahmeverfahrens;

- Hoffte, dass das Ergebnis des Wiederaufnahmeverfahrens zur endgültigen Freilassung von Leyla Zana führt;
- Erwartet darüber hinaus, dass der türkische Gesetzgeber diejenigen Paragraphen streicht, nach denen Verfasser und Verleger, die ihr Recht auf Freiheit des Ausdruckes und der Versammlung ausüben, strafrechtlich verfolgt werden, zumal die türkische Regierung selbst diese Rechte durch ihren Beitritt zur Europäischen Konvention über die Menschenrechte als verbindlich festgelegt hat.

Für weitere Informationen: Sara Whyatt,
intpen@gn.apc.org; www.pen-kurd.org

Die Regionalen Internatschulen – Institutionen der Assimilierung

Um kurdische Kinder zu assimilieren hat man in der Türkei neben normalen Schulen, die nur in türkischer Sprache unterrichten, in kurdischen Siedlungsgebieten Internatschulen eingerichtet. Dorthin werden kurdische Kinder mit 7 Jahren in eine fremde Welt geholt. Sie verstehen kein Wort Türkisch. In den ersten Monaten findet deshalb keine Kommunikation weder zwischen Lehrern und SchülerInnen, noch zwischen SchülerInnen statt, da die Anwendung der kurdischen Sprache streng verboten ist.

(H, 15. und 16.1.04)

Freilassung von JournalistInnen gefordert

Die „Plattform zur Solidarität mit Journalisten“ hat die Freilassung von 10 Journalisten gefordert, die derzeit in der Türkei inhaftiert sind. Die Plattform nannte folgende Namen: Memik Horuz (Isçi Köylü), Nurettin Sirin (Selam), Sinan Kara (Datça Haber), Erol Zavar (Odak), Erdal Tan (Odak), Bülent Genç (Emegin Bayragi), Mehmet Emin Tastan (Özgür Halk), Özgen Is (Mücadele Birliği), Hatice Duman (Özgürlük ve Sosyalizm Yolunda Atilim) und Kemal Evcimen (Özgür Karadeniz).

(Kontakt, Tel. 0090-212-633 62 02, Fax 0090-212-589 16 56,
tutuklugazeteciler@mynet.com, BIA, 5.2.04;
DTF und TIHV, Woche 06/2004)

IRCT: Systematischer Folter

In der Türkei wird nach Erkenntnissen von Menschenrechtsexperten weiterhin „systematisch“ gefoltert, kritisierte der Internationale Rat zur Rehabilitierung von Folteropfern (IRCT) am 20. Januar 2004 in Kopenhagen. Wie eine IRCT-Vertreterin der Nachrichtenagentur AFP sagte, behandelte die Menschenrechtsstiftung (TIHV) im vergangenen Jahr insgesamt 924 türkische Folteropfer. Unter ihnen seien 225 Frauen und 33 Kinder gewesen.

(Yahoo!, 20.1.04)

Die Frist des „Reuegesetzes“ abgelaufen

Das „Reuegesetz“, das am 6. August in Kraft trat, ging nach 6-monatiger Frist am 6. Februar 2004 zu Ende. In dieser Zeit wollten 3.107 Personen von dem Gesetz Gebrauch machen. Von ihnen waren 2.419 in Haft und 688 haben sich gestellt. Aus der Haft entlassen wurden 1.008 und von den Personen, die sich stellten, kamen 584 nicht in Haft. Nach den Organisationen verteilen sich die Anträge und Bewilligungen bei der PKK/KADEK auf 1518 Anträge (663 Bewilligungen) und Hizbullah 1008 Anträge (691 Bewilligungen). Von der DHKP/C kamen 151, von TKP/ML-TIKKO 68, von Hizb-ut Tahrir 39 und von IBDA-C 31 Anträge. Anträge kamen von 33 verschiedenen Organisationen. Auch 51 Personen, die wegen des Massaker in Sivas verurteilt wurden, haben einen Antrag gestellt.

Über die Hälfte der inhaftierten Killer von Hisbollah, die in den 90er Jahren auf den Straßen in Diyarbakir oder Batman Hunderte von kurdischen Politiker, Intellektuellen und Geschäftsleuten im Auftrage des türkischen Staates regelrecht hingerichtet haben, kamen dank diesem Gesetz frei. Diejenigen, die vermutet hatten, die Regierung wolle mit diesem Gesetz die Freilassung der islamistischen Terroristen verschleiern, haben sich anscheinend nicht geirrt.

(H, 22.11.03; Radikal, 6.2.04; ÖP, 7.1.04; 11.2.04; DTF und TIHV, Woche 06/2004; junge Welt, 10.2.04)

Die Mörder von 2.316 Menschen laufen frei herum

Der Vorsitzender des Menschenrechtsvereins IHD, Hüsnü Öndül, sagte während einer Konferenz, die von der Gewerkschaft SES (Gesundheit und Soziales) veranstaltet wurde, dass der IHD für die letzten 15 Jahren insgesamt 2.316 politische Morde gezählt habe, bei denen die Täter unbekannt blieben und nicht festgenommen wurden. Hanifi Isik, von der IHD Diyarbakir bezeichnete die Morde als Taten gegen die ethnische Identität, bei denen die Täter durchaus bekannt seien. „Wenn der Staat nicht in der Lage sei, die Täter zu finden, sei er selber der Täter.“

(Özgür Politika, 5.1.04; DTF, TIHV, 01/04 u. 02/04)

Hochsicherheitsgefängnisse

Die Zahl der Gefängnisse in der Türkei soll nach Justizminister Cemil Cicek halbiert werden. Man wolle nicht mehr in jeder Stadt „Gefängnisse eröffnen wie Tankstellen“. Statt 505 Haftanstalten solle es künftig nur noch 250 geben. Neue Anstalten sollen vor allem außerhalb der Großstädte errichtet werden.

Cicek nannte keinen Zeitraum für die Verwirklichung dieser Pläne. Cicek versprach auch „bessere Gerichtsgebäude“ für die Türkei. In seinem Land gebe es Gerichtsgebäude, „die in Europa nicht mal als Lagerhäuser benutzt würden“. Gerichte in Europa sähen aus „wie Paläste“. Dies strebe man für die Türkei zwar nicht an. Aber die Qualität der Justiz sollte sich auch in den Bauten ausdrücken.

Die Gefängniscommission der Rechtsanwaltskammer Diyarbakir teilt zum Hochsicherheitsgefängnis „Typ D“ in Diyarbakir u.a. folgendes mit: „Die Bebauung der Haftanstalt des Typ D-Gefängnisses in Diyarbakir mit besonderen Sicherheitsvorkehrungen ist weitgehend abgeschlossen, ihre baldige Eröffnung wird erwartet. Die Kapazität der Haftanstalt ist für 622 Personen vorgesehen und die Räume sind systematisch für 3 bis 4 Personen eingeteilt. Zusätzlich sind 78 Zellen für einzelne Personen zur Disziplinierung und Beobachtung eingerichtet. Bestehend aus vier Blöcken blendet diese Haftanstalt die menschliche Dimension völlig aus. Selbst wenn es sich um Bestrafte handelt, wird kein Verständnis erkennbar, dass es sich um Menschen handelt und dass diese Haftanstalt ausschließlich von Sicherheitsambitionen ausgehend errichtet wurde. (...)“

Beim zeitgemäßen Absitzen von Strafen wird das Hauptaugenmerk auf den Menschen gerichtet. Diese Haftanstalt beabsichtigt mit ihrer angelegten Struktur die Erniedrigung und Isolation der Gefangenen. Diese vorgesehenen Haftbedingungen werden für die Gefangenen und Verurteilten nicht vorhersehbare, nicht verarbeitbare, physische insbesondere psychologische Gesundheitsprobleme verursachen.“

Für weitere Infos: Flüchtlingsrat Brandenburg,
Tel / Fax: 0331-716499, fluechtlingsratbrb@jpbberlin.de
(SZ, 13.1.04)

Todesstrafe auch für Kriegszeiten abgeschafft

Anderthalb Jahre nach der teilweisen Abschaffung der Todesstrafe durch das türkische Parlament ist die Regierung in Ankara am 9. Januar 2004 noch einen Schritt weiter gegangen. Die Türkei verpflichtete sich mit der Unterzeichnung eines internationalen Abkommens, nicht nur in Friedens-, sondern auch in Kriegszeiten auf die Todesstrafe zu verzichten.

Nach Angaben des Europarats in Straßburg unterzeichnete der türkische Botschafter bei dem Staatenbund, Numan Hazar, das Zusatzprotokoll 13 zur Europäischen Menschenrechtskonvention. Diese Übereinkunft sieht den Verzicht auf die Todesstrafe „unter allen Umständen“ vor. „Die Todesstrafe ist abgeschafft. Niemand kann zu einer solchen Strafe verurteilt oder hingerichtet werden“, heißt es in Artikel eins des Protokolls. Damit der Text in der Türkei in Kraft tritt, muß er noch vom Parlament in Ankara ratifiziert werden.

Ein Sprecher des EU-Erweiterungskommissars Günter Verheugen lobte die Entscheidung als „weiteren bedeutenden Schritt“ des Landes auf seinem Weg zu einer vollwertigen Demokratie und zur vollständigen Achtung der europäischen Standards für Menschenrechte. Im Sommer 2002 hatte das Parlament in Ankara die Abschaffung der Todesstrafe in Friedenszeiten beschlossen. Die Türkei hält außerdem bereits seit 20 Jahren ein Moratorium für die Vollstreckung von Todesurteilen ein.

Außerdem hat das türkische Parlament am 22. Januar ein Gesetz verabschiedet, mit dem die Todesstrafe im Militärischen Strafgesetzbuch reduziert wird. Die Strafen wurden in lebenslange, bzw. 24 Jahre Haft umgewandelt. Innerhalb von drei Monaten muss eine Entscheidung über die Personen gefällt werden, die derzeit schon nach dem Gesetz zum Tode verurteilt wurden.

(FR, 13.11.03; FAZ.NET, 9.1.04; St. Galler Tagblatt (CH), 10.1.04; H, 10.1. und 24.1.04; TIHV, Woche 05/2004; info@turkeiforum.net)

Terrorstempel

Mit traurigen Gesichtern zeigen mehrere Personen – Frauen, Männer und Kinder – ihre Arme und Hände mit Stempelaufdrucken, wie „Terror“, „Politisch“ oder „80. Jahr“ (Damit meint man das Alter der türkischen Republik). Aus dem Gefängnis in Mus (Typ E) kamen Beschwerden, dass den Besuchern das Wort „Terror“ auf den Arm gestempelt wird. Nazime Polat, die Frau des inhaftierten Ali Polat, sagte, dass ihnen zuvor das Wort „politisch“ auf den Arm gestempelt wurde. Sie habe sich wegen des Vorgehens beim Staatsanwalt beschwert und dieser habe ihr versichert, dass er von einer solchen Maßnahme nichts wisse.

(Özgür Gündem, 7.1.04; ÖP, 7.1. und 22.1.04; Demokratisches Türkeiforum, TIHV Wochen 01 und 02/2004)

Entschädigung für Kriegopfer?

Der türkische Staat plant erstmals Entschädigungszahlungen für Menschen ins Auge, die durch die Aktionen der Armee im langjährigen Krieg geschädigt wurden. Zu diesem Zweck wurde ein entsprechender Gesetzesentwurf im Januar ins Parlament eingebracht. Danach können sowohl Opfer der PKK als auch Menschen, die „im Zuge der Maßnahmen im Kampf gegen den Terror“ Schäden erlitten haben, Anträge auf Schadenersatz stellen. Damit wolle Ankara einen Beitrag zur Erfüllung der Kriterien für eine EU-Mitgliedschaft leisten. Auch wolle die Regierung eine Flut von Schadenersatz-Prozessen vermeiden, die vor dem Europäischen Menschenrechtsgerichtshof enden könnten.

(M und Yahoo, 19.1.04; ÖP, 8.2.04)

Europäischer-Gerichtshof verurteilte die Türkei 2003 in 76 Fällen

Die 45 Mitgliedstaaten des Europarats sind aufgerufen, den Schutz der Freiheitsrechte und des Rechtsstaats auf nationaler Ebene zu garantieren. Dazu muss es eine effektive einheimische Justiz geben, meint der Präsident des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, Luzius Wildhaber.

2003 habe das Gericht eine Rekordzahl von 38 000 neuen Beschwerden bewältigen müssen – eingereicht von Bürgern, die in ihrem Heimatland ihre in der Menschenrechtskonvention des Europarats verankerten Grundrechte verletzt sehen. Die Zahl der neuen Beschwerden sei doppelt so hoch gewesen wie die der bearbeiteten Fälle, die bei 17 950 lagen, teilte Wildhaber bei der Präsentation des Jahresberichts mit.

Gegen Italien ergingen 2003 die meisten Urteile – insgesamt 120. In der Regel war die zu lange Dauer von Gerichtsverfahren Gegenstand der Verfahren. Jeweils 76 Entscheidungen richteten sich gegen Frankreich und die Türkei, 43 Mal wurde Polen verurteilt.

Außerdem arrangierte die Türkei sich in weiteren 45 Fällen mit den Anklägern, so dass die Türkei ihnen Schadenersatz zusicherte, wenn sie ihre Anklage zurück ziehen.

Folter, Vergewaltigung, Verbrennung der Häuser, Vertreibung, Mord und Verschleppung usw. gehören zum Arsenal der Menschenrechtsverletzungen der Türkei, die vom Europäischen Gerichtshof zu Gunsten der Opfer entschieden wurden.

(Bocholter Borkener Volksblatt, 8.1.04; ÖP und taz, 10.1.04; H und FR, 28.1.04)

EKD für Verbesserung der Menschenrechte in der Türkei

Vom 6.–17. Oktober 2003 fand in Warschau die Überprüfungskonferenz der OSZE im Bereich „Menschliche Dimension“ statt.

Das zweijährlich stattfindende „Human Dimension Implementations Meeting“ der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) bot Vertretern von Regierungen und Zivilgesellschaft die Gelegenheit, menschenrechtliche Anliegen in einem breiten internationalen Rahmen zu diskutieren. Die Konferenz findet im Wechsel zu den ebenfalls zweijährlich stattfindenden OSZE-Gipfeln statt und unterzieht den Einsatz der 55 OSZE-Mitgliedsstaaten zur Umsetzung ihrer Verpflichtungen im Bereich Menschenrechte und Demokratie, der „menschlichen Dimension“, einer Bestandsaufnahme.

An der Konferenz lenkte die EKD mit einer Stellungnahme die Aufmerksamkeit auf die Menschenrechtssituation in der Türkei. Sie begrüßte die großen Fortschritte, die die Türkei mit der Verabschiedung der verschiedenen Gesetzesreformpakete gemacht habe, warnte aber davor, nun in der Aufmerksamkeit nachzulassen, da sich die tatsächliche Menschenrechtssituation noch nicht spürbar gebessert habe. Christliche Kirchen hätten weiterhin große Schwierigkeiten beim Bau und Kauf von Gebäuden, der Ausbildung von Geistlichen und der Beschaffung von Visa und Arbeitserlaubnissen für ausländische Geistliche. Dies führe zu einem Nachwuchsmangel, der für einige Kirchen bereits existenzbedrohlich sei. Dieser Kritikpunkt wurde auch in anderen Stellungnahmen, wie etwa der der USA, aufgenommen.

(www.osce.org/lodihrlmeetings)

Menschenrechtsbericht

Auszüge aus dem Bericht des Präsidenten der Menschenrechtsstiftung TIHV, Yavuz Önen, über die Menschenrechtssituation in der Türkei im Jahr 2003:

„Die Verfassung vom 12. September (1982 während der Militärherrschaft angenommen) wurde nicht einer grundlegenden Änderung ihres wesentlichen Inhaltes unterzogen. (...) Es ist eine autoritäre Verfassung, die auf der Türkisch-Islamischen Synthese beruht und Pluralismus zurückweist. Deshalb sollte die Notwendigkeit einer neuen Verfassung auf der Tagesordnung bleiben. Auf der anderen Seite sieht das Wahlgesetz weiterhin die 10%-Hürde vor. Die Besonderheiten dieses Gesetzes erlaubten der AKP, mit 35 % der Stimmen 65 % der Sitze im Parlament zu erhalten, während fast die Hälfte der Stimmen keine Vertretung im Parlament haben.

2003 gab es keine Initiative, um das „System der Dorfschützer abzuschaffen“, was die Vorbedingung für Millionen von Vertriebenen ist, um sicher in ihre Dörfer zurückzukehren. Obwohl der Ausnahmezustand im Jahr 2002 aufgehoben wurde, gab es keine ernsthaften Bemühungen um die regionalen Konditionen zu verbessern. Es gab keinen Plan und kein Programm für die Rückkehr der Vertriebenen.

Es gab keine Verbesserung im Bereich der Meinungs- und auch der Organisationsfreiheit. Gesetzesartikel, die den abgeschafften Artikel 8 des Anti-Terror-Gesetzes und den anscheinend abgeschafften Artikel 312 des Türkischen Strafgesetzes ersetzen, wurden nicht angeführt. Es gab keine Bemühung das Verbot von Parteien zu stoppen. Die Staatssicherheitsgerichte setzten ihre Aktivitäten weiterhin fort, indem sie alle Arten oppositioneller Gedanken als „Verbrechen gegen den Staat“ betrachteten. (...)

Zweifellos gab es positive Entwicklungen während des EU-Anpassungsprozesses: Unterzeichnung und Ratifizierung der Übereinkunft der Vereinten Nationen über bürgerliche und politische Rechte und über ökonomische soziale und kulturelle Rechte, einige neue Maßnahmen zur Verhütung der Folter, Verordnungen

über Sprachkurse in anderen Sprachen als Türkisch, die Ermöglichung der Arbeit von Vereinen durch neue Vorschriften im Vereinsgesetz, die Benutzung anderer als der türkischen Sprache bei nicht amtlichem (offiziell) Schriftverkehr, Veränderungen im Zivilrecht, Stiftungsrecht, Versammlungs- und Demonstrationsrecht.

Es ist auch wichtig, die Umsetzung zu beobachten.

Nach den von der Menschenrechtsstiftung der Türkei zusammengestellten Daten starben mindestens 19 Personen (darunter 9 Kinder) infolge von Minenexplosionen und nicht angegebenen Explosivstoffen überall in der Türkei, insbesondere in den vormaligen Ausnahmezustandsgebieten.

Bei bewaffneten Konflikten verloren 2 Dorfschützer, 4 Polizisten, 24 Soldaten und 88 Militante ihr Leben.

24 Personen wurden getötet durch Handlungen wie Erschießen durch Sicherheitskräfte wegen angeblicher Nichtbeachtung von Stop-Warnungen und bei Hausdurchsuchungen.

Mindestens 18 Personen (darunter 3 Kinder) verloren ihr Leben, als Angehörige der Sicherheitskräfte ihre Waffen außerhalb ihres Dienstes benutzten.

Im Jahr 2003 wurde die HADEP geschlossen und 46 Vorstandsmitglieder auf Lebenszeit von politischen Aktivitäten ausgeschlossen.

Der Vorsitzende und der Generalsekretär der DEHAP wurden inhaftiert.

Acht Fälle von Parteischließungen sind beim Verfassungsgericht anhängig, darunter DEHAP, HAK-PAR und TSIP.

Der Druck auf Vereine, Berufsorganisationen und insbesondere Menschenrechtsorganisationen nahm zu.

Die Zahl der gegen den Menschenrechtsverein IHD gerichteten Ermittlungsverfahren hat die Zahl 500 erreicht. Im Mai führte die politische Polizei eine Razzia in der Zentrale des Menschenrechtsvereins durch. Alle Informationen und Dokumente, das gesamte Archiv, wurden beschlagnahmt.

Das Generaldirektorat für Stiftungen eröffnete ein Verfahren gegen die Vorstandsmitglieder der TIHV mit dem Ziel, sie aus ihren Ämtern zu entlassen. Inspektoren des Gesundheitsministeriums haben die Kliniken von vier ehrenamtlich tätigen Ärzten in Ankara und die Zweigstellen der Menschenrechtsstiftung intensiv inspiziert. (...)

Auch die Menschenrechtsorganisation MAZLUM DER ist ähnlichem Druck ausgesetzt.

Auf der anderen Seite gab es trotz aller gesetzlichen Formulierungen, die das Ziel einer Mitgliedschaft in der EU haben, keine Abnahme bei der Anwendung von Folter. Die Berichte des Dokumentationszentrums und der Behandlungs- und Rehabilitationszentren der Menschenrechtsstiftung zeigen dies sehr klar. Eins der konkretesten Beispiele ist die Entführung und Vergewaltigung einer Frau, Vorstandsmitglied einer politischen Partei, im Juni durch zivilgekleidete Detektive. Während Folter andauert, profitieren Folterer von Straflosigkeit.

Nach ersten Untersuchungsergebnissen der TIHV haben sich 924 Personen im Jahre 2003 an die Behandlungs- und Rehabilitationszentren der TIHV gewandt, darunter 33 Kinder. Von ihnen haben 342 berichtet, dass sie im Jahr 2003 Folter ausgesetzt waren.

Im Jahr 2003 wurden zwei Personen an Haftorten getötet; Hunderte von Personen wurden in Gendarmerie- und Polizeistationen, in Zentren der Sicherheitsbehörden, bei genehmigten und ungenehmigten Demonstrationen oder an Orten, zu denen sie nach einer Entführung durch die Polizei gebracht wurden, der Folter ausgesetzt.

Die Polizei greift weiterhin auf brutale Weise bei legalen Versammlungen und Demonstrationen ein. Künstler werden angeklagt und bedroht, weil sie kurdische Lieder oder Volkslieder singen. Örtliche Radiostationen werden dauernd durch RTÜK (Hohe Rat für Fernsehen und Radio) geschlossen, weil sie kurdische Lieder senden. Die Gouverneure in Mus, Hakkari, Van und Yüksekova haben Tonbänder und Musik-Aufnahmen verboten. Kurz gesagt, es ist nicht falsch zu sagen, dass die AKP-Regierung handelt, als ob sie die Demokratie selber ist, und dennoch, sie ist despotisch.“

(Der vollständige Bericht kann in englischer Sprache vom DTF angefordert werden, info@tuerkeiforum.net; ÖP, 2., 4., und 10.1.04)

Schröder für Rückkehr Burkays?

Am 22. Februar berichtete „Nah Ost News Kurdistan Aktuell“, dass sich im Gepäck des Bundeskanzlers Schröder en route Ankara auch eine ganz besondere Offerte befindet: „Eine Stabsabteilung des AA ist seit einem Jahr intensiv damit beschäftigt, Ankara die Rückkehr des Kurdenpolitikers Kemal Burkay (PSKT) schmackhaft zu machen. Zwei von dessen Emissären waren ihrerseits zuvor in der Türkei, um dort Verständnis dafür zu erbitten, die nun in Kürze bevorstehende Rückkehr Burkays aus dem Exil als besonderes Ereignis inszenatorisch ins Bild zu setzen. Auch BK Schröder will sich bei seinem Gesprächspartner Erdogan für die wohlwollende Aufnahme Burkays aussprechen. Die Idee der AA Stabsabteilung lautet übersetzt: Die leidig-lästige Kurdenfrage im Rahmen der Türkei-anbindung könnte dadurch ‚gelöst oder aber geschmeidiger‘ behandelt werden, daß ein ‚moderater Kurdenpolitiker‘, von Europa und federführend von Deutschland gefördert, der kurdischen Bewegung eine neue und genehmere Führung geben könnte.“

(Nah Ost News Kurdistan Aktuell, 22.2.04, KDI@gmx.net)

Verheugen:

Derzeitige Regierung ist in der Kurdenfrage offener

Am 6. Februar 2004 kam der bundesweite ökumenische Vorbereitungsausschuss der Interkulturellen Woche in Düsseldorf unter dem Motto „Europa braucht Zuwanderung“ zusammen. Über die „Konsequenzen aus der Erweiterung der Europäischen Union für Migration und Flucht“ sprach EU-Kommissar Günter Verheugen, zuständig für die Erweiterung der Europäischen Union (EU). „Europa braucht Zuwanderung“, sagte Verheugen vor den über 150 Teilnehmerinnen und Teilnehmern im FilmFunkFernsehZentrum (FFFZ) der Evangelischen Kirche im Rheinland (EKiR).

In der anschließenden Diskussion fragte Mehmet Sahin (Dialog-Kreis: Während in den Bergen Kurdistans gekämpft wurde, redete man hier in Europa von der ungelösten Kurdenfrage und forderte die Türkei auf, diese zu lösen. In den letzten Jahren aber, in denen die Waffen schweigen, redet man nicht mehr von der Kurdenfrage. Man nennt die Kurden nicht mal mehr bei Namen. Ist die Kurdenfrage mit den auf dem Papier gemachten Gesetzesänderungen gelöst? Kann man denn wirklich mit den vierstündigen Fernsehsendungen in der Woche und mit den privaten Kurdischkursen, die noch nicht einmal in der Praxis erlaubt wurden, von einer Lösung der Kurdenfrage sprechen?

Daraufhin antwortete Verheugen sinngemäß: „In der Tat haben wir, habe ich auch einen Zeitlang vermieden, die Wörter Kurden und Kurdisch in den Mund zu nehmen. Wir verwendeten statt dessen Formulierungen wie ‚in den anderen Sprachen als der türkischen‘. Dies taten wir, weil in der Ecevit-Regierung Nationalisten saßen. Die jetzige Regierung ist in dieser Frage offener. Heute Morgen war der türkische Außenminister bei mir. Wir haben von der Kurdenfrage gesprochen. Die neue Regierung versucht, einiges zu tun. Sie hat aber Schwierigkeiten. Es gibt ‚bewusste Obstruktionen‘ von Teilen des türkischen Establishments gegen Liberalisierungen. Zwar verbessert sich die Lage schrittweise, aber es gebe auch ‚erhebliche Implementierungsprobleme‘. Zum Beispiel: Man erlaubt Kurdischkurse nicht, weil eine Tür 5 cm zu eng ist. Die standesamtliche Registrierung kurdischer Namen ist zwar heute erlaubt, doch die Durchführungsbestimmung verbietet bestimmte – und in der kurdischen Sprache gebräuchliche – Buchstaben, so dass die Anmeldung des kurdischen Namens im Endeffekt vereitelt bleibt. Wir haben einige Vorschläge gemacht. So z.B. zur Situation der gewählten Volksvertreterin Leyla Zana, die seit über 10 Jahren im Gefängnis ist. Einige möchten sie entlassen, aber sie schaffen es nicht. Die Türkei muss sich erheblich anstrengen. Bis Ende des Jahres müssen viele praktische Schritte getan werden. Die Kurden müssen allerdings von separatistischen Bestrebungen Abstand nehmen, da sonst der begonnene Reformprozess zusammen brechen würde.“

Das vom Dialog-Kreis erarbeitete und dem türkischen Ministerpräsidenten wie auch Günter Verheugen vorliegende Memorandum zur Kurdenfrage stieß bei den Teilnehmern der Tagung auf großes Interesse.

EU und Berlin müssen die Kurdenfrage auf die Tagesordnung setzen

Über den Beginn von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei entscheidet die EU im Dezember 2004. Bis Ende April diesen Jahres erwartet die EU von der Türkei eine Regelung zur Überwindung der Teilung Zyperns.

In Berlin warb der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan für einen Beitritt seines Landes zur EU. Die Türkei müsse diese Zukunftsperspektive haben, „das wird auch für die EU von großem Vorteil sein“, sagte Erdogan am 9. Januar. Die Türkei habe sich bereits für Europa entschieden. 75 Prozent seiner Landsleute seien für die EU-Mitgliedschaft. Als größte Probleme nannte Erdogan Armut, Korruption und Verbote. Erdogan bekannte sich zu Demokratie, Meinungs- und Religionsfreiheit. Ebenso wie Muslime in Deutschland könnten auch Christen in der Türkei ihre Religion frei ausüben.

Außenminister Fischer legte im Blick auf künftige EU-Erweiterungen die Position der Bundesregierung zu einem Beitritt der Türkei dar. Er sagte, die Türkei habe in den vergangenen Jahren so große Fortschritte in dem Bemühen gemacht, die Kriterien der EU für einen Beitritt zu erfüllen, wie sie noch vor kurzem von vielen, auch in Deutschland „für rundheraus unmöglich“ gehalten worden seien. Die Beitrittsperspektive fördere die Reformen augenscheinlich. Fischer skizzierte die Vision, dass es der Türkei gelingen könne, ein europäischer Staat mit muslimischer Bevölkerung zu werden, in dem die Gültigkeit der universalen Werte, Menschen- und Minderheitenrechte, verwirklicht sei, und damit ein deutliches Signal der internationalen Stabilität und für die Freiheitshoffnungen in der muslimischen Welt zu setzen. Wenn aber der Beitritt, der der Türkei seit 1963 immer wieder in Aussicht gestellt worden sei, verwehrt werde, „würden wir dafür einen sehr hohen Preis zu zahlen haben“, sagte Fischer.

Fischer wiederholte diese Meinung auch in Ankara und erntete dafür das Lob der Türken. Wenn die Dynamik der Reformen in der Türkei aufrechterhalten bleibe und es im Zypernkonflikt einen Durchbruch gebe, „dann werden sich die Dinge sehr positiv entwickeln“, sagte Fischer am 22. Januar 2004 nach einem Treffen mit dem türkischen Ministerpräsidenten in Ankara.

Obwohl Fischer auch über die Realität in der Türkei bestens informiert ist, vermied er die Defizite zu erwähnen. Denn obwohl der türkische Teil im Westen tatsächlich Fortschritte gemacht hat, ist der vorwiegend kurdisch besiedelte Teil weit entfernt von aller Normalität. Zwar wurde der Ausnahmezustand aufgehoben, aber die Paramilitärs, die Spezialteams, die Todesschwadronen und die schweren Kriegsgeräte sind geblieben. Die Stationierung von über 200.000 Soldaten und 58.000 Dorfschützer kennzeichnen das Bild. Solange die Kurdenfrage nicht gelöst wird, wird die Türkei instabil bleiben. Deswegen ist es notwendig, dass die EU und Deutschland endlich Klartext sprechen, Probleme beim Namen nennen und sich auch für die Lösung der Kurdenfrage einsetzen.

(DPA, 9.1.04; Neue Ruhr Zeitung, FAZ, taz und SZ, 10.1.04; Bremer Nachrichten, SZ und taz, 23.1.04)

Schröder: Beitritts- verhandlungen mit der Türkei spätestens im Juni 2005

Vor seiner Türkeireise warf Schröder der CDU und ihrer Schwesterpartei CSU „Populismus“ vor. „Wenn die EU Ende des Jahres zu der Auffassung gelange, dass die Türkei die politischen Kriterien in Sachen Rechtsstaat, Demokratie, Menschenrechte und Minderheitenschutz erfülle, könnten die Verhandlungen zur Aufnahme in die EU beginnen“, meinte Bundeskanzler in der türkischen Zeitung Hürriyet am 20. Februar 2004.

Am 23. und 24. Februar besuchte Schröder Ankara, um über den türkischen Wunsch nach Aufnahme in die EU und über den Ausbau der Handelsbeziehungen zu beraten.

Laut Presseberichten wollte der Kanzler auch die Gründung einer liberalen Moslemorganisation in Deutschland erörtern. Sie soll mithelfen, den islamischen Fundamentalismus unter den Türken in Deutschland einzudämmen. Gedacht sei auch an einen prominenten Islam-Lehrstuhl in Deutschland. Anders als die CDU-Vorsitzende Angela Merkel bei ihrem Türkei-Besuch signalisierte Schröder die klare Bereitschaft Berlins zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen.

Laut Hürriyet vom 24. Februar soll Schröder gesagt haben, dass die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei spätestens im Juni 2005 aufgenommen werden könnten.

(H, 20.2.04; FR und Der Tagesspiegel, 22.2.04; H, 24.2.04)

Der EU-Parlamentskandidat Öger zur Türkei

Der deutsch-türkische Reiseunternehmer Vural Öger gehörte dem Kanzlerteam in die Türkei bei seiner Reise am 22. und 23. Februar. In einem Interview mit dem Tagesspiegel sagte Öger u.a.: „Ich sage es aus Überzeugung: In der Türkei herrscht Meinungsfreiheit. (...) Ausschlaggebend hier ist nicht, ob die Kopenhagener Kriterien erfüllt werden. Entscheidend ist der politische Wille der EU, die Türkei aufzunehmen. Die Türken haben im Großen und Ganzen die Bedingungen der Kopenhagener Kriterien erfüllt, indem sie entsprechende Gesetze erlassen haben. Es hapert nun teilweise an deren Anwendung. Es geht darum, welchen politischen Vorteil Deutschland und Europa von einem Beitritt haben. Strategisch und wirtschaftlich können beide Seiten nur gewinnen.“

Diese befremdenden Äußerungen eines zukünftigen Spitzenpolitikern werfen die Frage auf, ob es nicht für ihn sinnvoll wäre, die Berichte des Menschenrechtsverein IHD, der Menschenrechtsstiftung TIHV, von amnesty international, Helsinki Watch, den letzten Fortschrittsbericht der EU und den Lagebericht des Auswärtigen Amtes zu lesen.

(Der Tagesspiegel, 22.2.04)

Stimmen gegen EU-Mitgliedschaft der Türkei

Der für Außen- und Europapolitik zuständige Vize-Unionsfraktionschef Wolfgang Schäuble und CSU-Landesgruppenchef Michael Glos warnten vor einer Vollmitgliedschaft der Türkei. Glos sagte, die Schwesterparteien seien sich einig, dass die Türkei auf absehbare Zeit keine Aussicht auf einen solchen Status haben dürfe. Schäuble sagte, nach Meinung der Union wäre eine privilegierte Partnerschaft mit der Türkei auf Dauer der bessere Weg als eine Vollmitgliedschaft. Er regte an, die anstehenden Beitrittsverhandlungen nicht allein über eine volle Mitgliedschaft, sondern auch über die Möglichkeit einer besonderen Anbindung – oberhalb einer Assoziierung, aber unterhalb eines Beitritts – zu verhandeln, was auch Frau Merkel jüngst in Ankara gegenüber dem türkischen Ministerpräsidenten wiederholte.

Die Europäische Union soll der Türkei nach Ansicht von CDU-Außenpolitiker Friedbert Pflüger zunächst nur eine „privilegierte Partnerschaft“ anbieten. Eine Vollmitgliedschaft würde die EU in absehbarer Zeit überfordern, weil zunächst die zehn neuen Mitglieder integriert und die Probleme mit der Verfassung gelöst werden müssten. Es sei zu früh, der Türkei in diesem Jahr zu erklären, dass vom Mai 2005 an über ihren Beitritt verhandelt werden könne, sagte Pflüger weiter. Unterhalb der Vollmitgliedschaft seien allerdings viele Regelungen vorstellbar. Auch eine Teilmemberschaft der Türkei in der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik hält Pflüger für möglich.

Der frühere Verteidigungsminister Volker Rühle, heute Vorsitzender im Auswärtigen Ausschuss des Bundestages, widerspricht vehement dieser Haltung der Union. Er findet, Europa könne mit der Einbindung der Türkei „eine weltpolitische Leistung“ vollbringen. Nach Rühle könnte die Türkei in 12–15 Jahren EU-Mitglied werden.

Als erster SPD-Politiker hat sich Bayerns Fraktionschef Franz Maget offen gegen einen EU-Beitritt der Türkei ausgesprochen. Für die Aufnahme der Türkei gebe es „in absehbarer Zeit keinen Raum“, sagte Maget. „Wenn mich die Bürger fragen, ob die Türkei in zehn Jahren EU-Mitglied sein soll, sage ich: Bitte nein.“ Damit liegt Maget auf einer Linie mit der Union.

Die Türkei will bis zum kommenden Sommer sämtliche politischen Kriterien der Europäischen Union erfüllen. Der türkische Botschafter bei der EU, Oguz Demiralp, sagte: „Die noch offenen Probleme im Reformprozess werden Regierung und Parlament bis zum Sommer lösen.“ Die Vereinbarung einer „Speziellen Partnerschaft“ zwischen beiden Seiten, als Alternative zur EU-Mitgliedschaft, schloss Demiralp indessen völlig aus. „Eine Beziehung Zweiter Klasse zur EU“ könne die Türkei nicht akzeptieren. Der türkische Ministerpräsident lehnte ebenfalls sehr eindeutig den Vorschlag von Frau Merkel für eine „privilegierte Partnerschaft“ ab.

(Weser Kurier, SZ, 8.1.04; Yahoo!, 9.1.04, SZ, 15. und 20.1.04; Financial Times Deutschland, 30.1.04; SZ, Berliner Zeitung, Die Welt, 17.2.04; FR, 18.2.04)

Der Kommentar

Hoffnung und Skepsis

Es kann kein Zweifel geben, die AKP-Regierung in Ankara hat in ihrer kurzen Regierungszeit seit 2002 mehr positive Reformen auf den Weg gebracht, als die Vorgängerregierungen in den letzten 10 Jahren. Sie hat den großen Hebel der Perspektive eines türkischen EU-Beitritts mit aller Kraft genutzt und damit dem extrem nationalistischen Potential im Militär und in der Bürokratie des Landes Veränderungen abgerungen, die vor kurzem jedem noch unmöglich erschienen. Jetzt scheint es sogar zu gelingen, die Teilung Zyperns zu überwinden. Bis zuletzt sprachen die Militärs von der besonderen strategischen Bedeutung des türkisch besetzten Teils der Insel. Auch die Vereinbarung mit der UNHCR über die Möglichkeit der Rückkehr der Menschen aus den Flüchtlingslager in Nordirak und die dabei besprochenen Bedingungen können als ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung gedeutet werden.

Es kann aber auch kein Zweifel bestehen, dass die AKP-Regierung noch einen weiten Weg vor sich hat, die beschlossenen und die noch dringend notwendigen Reformen Wirklichkeit werden zu lassen. Auf diesem Weg wird Ankara um die kurdische Frage nicht vorbei kommen, auch wenn der Ministerpräsident erklärt, es gäbe diese Frage gar nicht. Die Frage gibt es und sie liegt als eine große strategische Sperre vor dem Tor zur EU.

Bei dem Umgang mit der kurdischen Frage scheinen taktische Überlegungen eine große Rolle zu spielen. Günter Verheugen, der Erweiterungs-Kommissar der Europäischen Union, sagte auf einer Tagung mit Vertretern der evangelischen Kirche, er habe die Worte kurdisch und Kurde in offiziellen Statements lange Zeit nicht benutzt, sondern immer nur als nicht-türkisch umschrieben (s. Bericht in dieser Ausgabe). Er ließ aber keinen Zweifel, dass das kurdische Problemfeld mit den bisherigen Reformschritten nicht ausreichend beachtet ist. Auch die Bundesregierung hat sich, trotz aller Beteuerungen präventive Friedenspolitik treiben zu wollen, in dieser Frage bisher nicht erkennbar engagiert. Offensichtlich hat die Lösung des Zypern-Konflikts im diplomatischen Betrieb alles andere dominiert. Es dürfte deshalb eine wichtige Aufgabe sein, nach Abschluß der Zypern-Verhandlungen die kurdische Frage auf allen Ebenen erneut ins Gespräch zu bringen.

Einen wichtigen Schritt in dieser Richtung hat erstaunlicherweise ein türkischer Admiral getan. Er sagte sinngemäß, die Türkei sei stark genug, um den Kurden im Irak die Bruderhand zu reichen und dafür zu sorgen, dass eine solche Geste des guten Willens und der Hilfsbereitschaft nicht mißbraucht würde. Er fügte mit militärischer Knappheit hinzu, die Türkei müsse die Kurdenfrage lösen, bevor sie in die EU eingelassen werden würde. Damit hat er zweifellos Recht. Es gibt genügend Gegenkräfte in der EU, die alle Argumente heranziehen werden, um einen Beitritt der Türkei zu verhindern. Es gibt deshalb keinen Zweifel, dass eine angemessene Achtung der Menschenrechte in der Türkei nicht ohne die Lösung der Kurdenfrage erreicht werden kann.

Der Admiral (s. Bericht in dieser Ausgabe) macht noch ein weitere erstaunliche Bemerkung. Er berichtet von der Beerdigung des türkisch-stämmigen Polizeipräsidenten in Diyarbakir, Gaffar Okkan, der unter großer Teilnahme auch der kurdischen Bevölkerung beigesetzt worden sei. Dieser habe der Regionalbevölkerung die Freundeshand ausgestreckt. Das hätten die Menschen in seinem Amtsbereich sehr wohl verstanden und honoriert. Was der Admiral damit sagen will? Aussöhnung zwischen Türken und Kurden sei möglich, wenn der kurdischen Bevölkerung „die Bruderhand“ ausgestreckt würde. Warum machen Admiräle und Generäle solche klugen Aussagen meist erst wenn sie pensioniert sind?

Die Sache mit der „Bruderhand“ ist jedoch nicht nur einseitig zu verstehen. Damit meine ich nicht nur die kurdischen Bruderhände, die ab und zu törichterweise wieder mit Waffengewalt drohen, sondern aus die „westlichen Bruderhände“. Sie bleiben sonderbarerweise gegenüber den Kurden trotz aller sonstigen Friedensrhetorik einfach in der Hosentasche stecken und werden so nicht sichtbar. Wie heißt es in der bekannten Hymne? „Alle Menschen werden Brüder ...“ Ehe es so weit kommt, könnte man doch mit den Ausstrecken der Bruderhand schon einmal anfangen. Ob das der Bundeskanzler und der Außenminister begriffen haben. Gesagt worden ist es ihnen oft genug.

Andreas Buro

Admiral Kiyat:

„Wir haben dieses Problem zu lösen, bevor wir der EU beitreten“

Atila Kiyat, Admiral a. D., vertritt die Meinung, dass es in Nordirak de facto einen kurdischen Staat gibt. Kiyat setzt sich dafür ein, dass die Türkei dies akzeptieren und den irakischen Kurden ein „großer Bruder“ sein müsse.

Wo steht die Türkei derzeit in der Kurdenfrage?

Bedauerlicherweise noch nicht dort, wo sie sein sollte. Fragen wir zunächst, ob das von der Türkei angepeilte Ziel richtig war. Ich finde: Nein. An diesem Punkt ist sie angelangt, indem sie immer wieder kurzlebige Strategien hervorbrachte. Die Türkei vertrat den Standpunkt, der Mittlere Osten sei ohne sie nicht denkbar. Die Türkei müsse in jedem Fall ein Mitspracherecht haben, wenn es um die Neustrukturierung des Irak gehe. Die Türkei sagte: „Es ist undenkbar, dass südlich von uns ein kurdischer Staat errichtet wird.“

Sollte es für die Sicherheit der Türkei unabwendbar gewesen sein, in den Irak einzumarschieren und sollte uns zu dieser Zeit niemand dort haben wollen, dann wäre unsere nationale Sicherheit in einem ernst zu nehmenden Ausmaß gefährdet gewesen. Ich will mit allem Nach-

druck folgendes sagen: Durch die Tatsache, dass wir nicht in den Irak einmarschiert sind, ist die nationale Sicherheit der Türkei nicht bedroht. Die Entsendung von Soldaten durch die Türkei hätte auch nicht bewirkt, sich auf jeden Fall mit an den Tisch zu setzen und dort Mitsprache berechtigt zu sein. Ich werde gefragt, ob das bedeute, dass wir uns nicht hätten an den Tisch setzen können. Wir hätten es sehr wohl gekonnt, aber wenn wir geglaubt hätten, auf einem freien Stuhl Platz zu nehmen, hätten wir uns auf dem Schoß eines Amerikaners wiedergefunden. Sollte die Türkei sich entschliessen, Soldaten zu entsenden, um dort die Entstehung eines kurdischen Staates zu verhindern? Nein, dort gibt es bereits einen Staat. Auch wenn wir uns offiziell scheuen, es auszusprechen, gibt es dort einen mit allen Mechanismen funktionierendes, autonomes kurdisches Gebiet, ja sogar einen kurdischen Staat.

Hat diese Struktur im Nordirak Ihrer Meinung nach eine Anziehungskraft?

Bedauerlicherweise hat sich die Türkei bislang von einigen unbegründeten Ängsten leiten lassen. Wir haben uns in Gedanken damit beschäftigt, dass 3 bis 3,5 Millionen Kurden im Irak durch die Gründung eines kurdischen Staates die dortige Region zu einer Attraktion für die in der Türkei lebenden Kurden machen und dadurch die Türkei spalten könnte. Mal angenommen jedoch, die Türkei stünde eines Morgens auf und sagte: „Das Spiel muss ein Ende haben. Schluss jetzt! Ruft von mir aus offiziell die Gründung des ersten kurdischen Staates aus. Ich werde das erste Land sein, das diesen kurdischen Staat offiziell anerkennt. Und ich werde zu ihm wie ein großer Bruder in dieser Region sein. Dein nächster Nachbar bin ich, du solltest äußerst gute Kontakte zu mir pflegen. Ich kann dir auch einen Zugang zum Meer beschaffen, kann dich auch bei deinem Handel unterstützen. Solange du die Freundeshand, die dir entgegengestreckt wird, annimmst, werde ich dein Freund bleiben. Aber solltest du versuchen, mein Verhalten auszunutzen, könnte diese Hand sich ohne weiteres in eine Faust verwandeln und auf deinem Kopf landen. So stark bin ich. Ich fürchte dich nicht. Du willst einen Staat? Da hast du deinen Staat!“ Wenn die Türkei das sagte, hätte sie mit einem Mal all denen das Spielzeug entzogen, die die Türkei zum Spielball machen wollen.

Wie sehen Sie den Zusammenhang zwischen der Kurdenfrage und dem EU-Beitritt?

Zu einer Lösung, die sowohl den Staat als auch die Bevölkerung der Türkischen Republik – dazu zähle ich auch unsere kurdischen Mitbürger – glücklich machen wird, müssen wir unbedingt vor einem EU-Beitritt gelangt sein. Wir haben zwar zahlreiche Gesetze erlassen, auch die Reformpakete sind nacheinander vom Parlament verabschiedet worden, aber wir haben keine Öffentlichkeit schaffen können. Selbst wenn wir einen Termin zu Verhandlungen von der EU bekommen sollten, wird das Schwert des Damokles weiter über uns schweben. Nach Möglichkeit muss die Türkei all ihre Probleme gelöst haben, bevor sie in die EU eintritt, denn sie muss als ein starkes Land in die EU eintreten.

Die Angelegenheit hat eine staatliche und eine kurdische Dimension. Da ist die PKK, die über die Kurden ihre Politik betreibt, da ist Öcalan, der auf Imrali einsitzt ... Hat alle Schritte der türkische Staat allein zu leisten?

Falls Zwei miteinander zerstritten waren und zu der Einsicht gekommen sind, dass dieser Streit beiden keinen Nutzen mehr bringt, dann muss der Stärkere die Versöhnungshand ausstrecken. Selbstverständlich betrachte ich uns selbst, d. h. die Türkei, als die stärkere Seite. Wenn ich „wir selbst“ sage, dann schließe ich unsere kurdischstämmigen Mitbürger, die in der Türkei leben, nicht aus. Aber die Tatsache, dass der Stärkere die Hand zur Versöhnung ausstreckt, sollte von der anderen Seite nicht ausgenutzt werden. Deshalb muss man die Kunst beherrschen, diese Hand meisterhaft auszustrecken. Hier ist eine Meisterschaft an den Tag zu legen – vielleicht sollte man sagen: eine strategische Meisterschaft – durch die die Menschen dazu gedrängt werden, Antworten zu finden, ohne die ausgestreckte Hand zu missbrauchen.

Bestimmt haben Kurden das Ziel verfolgt, einen kurdischen Staat zu gründen oder einen Teil der Türkei abzuspalten und mit einem kurdischen Staat zu vereinigen. Solange dies im gedanklichen Bereich bleibt, solange dies nicht in die Tat umgesetzt wird, stört es mich keineswegs. Man kann kein Ziel durch den Einsatz von Terrorismus, durch Einsatz von Waffen, erreichen. Es gibt nichts, wirklich nichts, was Terror rechtfertigt. Sie haben dabei viel Blut vergossen, ja, sie wurden in der Tat zu Mördern, an deren Händen Blut klebt. Und sie haben dabei Kurden viel Leid zugefügt. Die Türkei hat, statt die Regionalbevölkerung für sich zu gewinnen, die Menschen dort ausgegrenzt, indem sie die terroristischen Vorfälle niederschlug. Die Bevölkerung steckte in der Klemme, hin- und hergerissen zwischen den Terroristen und dem Staat. Dann wurden wir Zeugen der Sache mit Gaffar Okkan, er möge in Frieden ruhen. In einer Provinz, die wir als ein Hort der Terroristen bezeichneten, haben Hunderttausende diesem Polizeipräsidenten die letzte Ehre erwiesen und bei dessen Beisetzung den Terrorismus verdammt. Wodurch hatte der Verstorbene dies erreicht – durch Unterdrückung, durch Gewalt und Mord? Nein... Er hatte der Regionalbevölkerung lediglich die Freundeshand ausgestreckt. Er wurde von der Bevölkerung geschätzt und geliebt und er liebte und schätzte sie. Wenn das der Ansatz ist, dann treten die Menschen auch für ihren Staat, ihren Polizeipräsidenten, ihren Gouverneur und ihre Soldaten ein.

Besteht bei objektiver Betrachtung eine solche Aussicht?

Ich finde, ja. Die Türkische Republik muss den Mut dazu aufbringen, mitsamt ihrem Staat, mitsamt ihrer Regierung. Mit all ihrer Macht, all ihrer Kraft, allen voran mit ihren Streitkräften. Vor uns liegt ein Problem. Das Problem zu ignorieren ist keine Lösung. Das Problem zu ignorieren, verhindert jede Möglichkeit der Lösung. Nur durch jahrelanges Ignorieren sind wir an dem Punkt angelangt, an dem wir heute stehen. Zufrieden ist damit niemand. Diese Menschen fordern bestimmte Rechte. Wie und auf welcher Plattform können sie diese Rechte zur Sprache bringen? Wir müssen ihnen behilflich sein

... Dass sie eine politische Partei sind, beunruhigt mich in keiner Weise, vorausgesetzt, dass sie wie die CHP, die AKP, die YTP oder die DYP eine Partei der Türkei sind.

(Rusen Cakir, Vatan, 25.1.04; Übersetzung: Hülya Engin)

Ankara ist in den USA wieder hoffähig geworden

Der Türkei-Spezialist Jürgen Gottschlich schreibt zum Staatsbesuch von Premier Erdogan in den USA: „Die schwere Verstimmung zwischen der US-Regierung und der Türkei ist beendet. Der türkische Ministerpräsident Tayyip Erdogan wurde am Mittwoch (28.1.2004) im Weißen Haus mit großem Protokoll empfangen und von Präsident Bush förmlich an die Brust gedrückt. Bush überhäufte seinen Gast bei ihrem Auftritt mit Schmeicheleien. Der Zwist um den nicht genehmigten US-Truppenaufmarsch vor dem Irakkrieg scheint vergessen.

Statt dessen ist die Türkei nach den Worten Bushs nun wieder einer der wichtigsten strategischen Partner in der Region. Damit das so bleibt, ist die US-Regierung offenbar bereit, den türkischen Wünschen weit entgegen zu kommen. Quasi als Demonstration ihres guten Willens gab die Bush Administration am Vortag des Treffens bekannt, dass auch die Nachfolgeorganisation der kurdischen Arbeiterpartei PKK, der Kurdische Volkskongress, auf die Liste der terroristischen Organisationen gesetzt wurde.

Damit war man gleich beim Thema. Bush sicherte Erdogan erneut zu, dass die US-Truppen gegen die Lager der PKK im Nordirak vorgehen würden, vor allem aber beruhigte der Präsident den türkischen Premier in Bezug auf die Zukunft des Irak. Bush schloss die Gründung eines kurdischen Staates kategorisch aus und versicherte Erdogan, die Kurden würden nicht mehr Autonomie und kein größeres Gebiet als bislang erhalten. Die Türkei drängt mit den anderen Nachbarn des Irak darauf, dass eine Föderation im Irak nicht entlang ethnischer Linien gebildet werden sollte. Nach türkischer Darstellung hat der Präsident dem zugestimmt.“

(taz, 30.1.04)

Syrien und Türkei gegen Kurdenstaat im Irak

Als erster Präsident in der Geschichte Syriens besuchte Bashar al Assad am 6. Januar 2004 die Türkei. Die Beziehungen zwischen den beiden Nachbarstaaten waren über Jahrzehnte angespannt, hatten sich aber in jüngster Zeit deutlich verbessert. Wegen des Erstarkens der Kurden im Irak nach der US-Invasion hatten Syrien, die Türkei und der Iran dreiseitige Konsultationen aufgenommen.

"Auch Syrien werde sich, wie die Türkei, jeder Teilung des Iraks und der Gründung eines kurdischen

Staats im Norden des Iraks widersetzen, versprach Assad in einem Interview mit CNN-Türk am 5.1.04.

"Die Beziehungen zwischen Syrien und der Türkei haben sich innerhalb von nur fünf Jahren von der Schwelle zum Krieg hin zu einer engen Freundschaft entwickelt", meint wörtlich der syrische Außenminister Faruk Sharaa.

13 Parteien und Organisationen gründeten am 17. November 2003 in Washington „die Syrische Demokratische Koalition“ (SDC).

(Tiroler Tageszeitung Online, 3.12.03, H, 5.1.04; FAZ, 6.1.04)

General Basbug: „Eine Föderation in Irak wäre sehr blutig“

„Gegenwärtig entspricht der Kampf der USA gegen die PKK nicht unseren Erwartungen“, sagte am 16. Januar 2004 General Ilker Basbug, das zweithöchste Mitglied im Generalstab. „Wir erwarten, dass der bewaffnete Teil der Terrorgruppe ausgelöscht wird, dass die Terroristen sich ergeben oder gezwungen werden, sich zu ergeben.“

Basbug warnte zudem davor, als neue Regierungsform im Irak eine Föderation entlang den Siedlungsgebieten der ethnischen Gruppen wie Kurden oder Schiiten aufzubauen. Die Zukunft wäre dann „sehr schwierig und blutig“, sagte er. Die Türkei hat ein militärisches Eingreifen angekündigt, sollten die Kurden im Nordirak einen eigenen Staat ausrufen. Wie Syrien befürchtet die Türkei, dass bereits eine Teilautonomie dort bei den Kurden in der Türkei Begehrlichkeiten wecken könnte.

(Reuters, 16.1.04)

Erklärung der Vertretungen der Regionalregierungen Kurdistans zu Terroranschlägen

Zwei Selbstmordattentate fanden am 1. 2. 2004 statt, als Hunderte von Menschen versammelt waren, um den islamischen Feiertag Eid al-Adha zu feiern; zwei nicht identifizierte Männer mischten sich unter die Menge und sprengten sich in die Luft. Die blutigen Angriffe fanden in den Hauptbüros der beiden wichtigsten Parteien in Erbil im irakischen Kurdistan statt und töteten mindestens 100 Menschen und verwundeten Dutzende weitere. Unter den Toten sind führende Vertreter sowohl der KDP (Demokratische Partei Kurdistans)- als auch der PUK (Patriotische Union Kurdistans)- Verwaltungen und andere Parteifunktionäre. (...) Diese Angriffe haben in brutaler Weise die gesamte kurdische Gesellschaft erschüttert. Die KRG verurteilt diese schrecklichen Taten scharf; sie sind die tödlichsten Angriffe im Irak seitdem die Koalitionskräfte die Kontrolle letzten Mai übernommen haben. Die heutigen Angriffe sind ebenso Beweis

für eine neue Terrorstrategie, die sich gegen eine spezifische Gruppe im Irak und ihre politische Verwaltung und ihre demokratischen Errungenschaften richtet.

Diese Angriffe sind nicht nur ein Versuch, die kurdische politische Verwaltung zu unterminieren, sondern auch ein Schlag gegen die positiven demokratischen Entwicklungen, die im irakischen Kurdistan stattgefunden haben. Es ist ebenso klar, dass diese Terroranschläge darauf zielten, alle künftigen Perspektiven in Bezug auf eine formalisierte föderative kurdische Verwaltung zu unterlaufen. Die Regionalregierung Kurdistan ist entschlossen, ihren Weg zu einer demokratischen und föderativen Lösung für den Irak fortzusetzen und wird sich unter keinen Umständen von solchen Gewaltakten aufhalten lassen. Die Anerkennung der internationalen Gemeinschaft und ihre Unterstützung der kurdischen Forderung nach einer Weiterführung der territorialen Selbstverwaltung ist ein vitales Element im Kampf für einen friedlichen und demokratischen Irak.

Die Regionalregierung Kurdistans fordert die internationale Gemeinschaft auf, die Terrorakte vom Sonntag offen zu verurteilen.

Wir möchten im Namen der kurdischen Verwaltungen gemeinsam jenen Menschen aus der Bevölkerung Deutschlands und jenen Freunden danken, die uns in ungezählten Nachrichten ihr Mitgefühl, ihre Solidarität und ihre Trauer mitgeteilt haben.

Für Deutschland würden wir es begrüßen, wenn dieses Land endlich gegen jene Elemente vorgehen würde, die von Deutschland aus den Terrorismus im Irak offen und öffentlich unterstützen, einschließlich der Sammlung von Finanzmitteln für die Fortsetzung des Terrors im Irak und in Kurdistan (z. B. die Kampagne „10 Euro für den irakischen Widerstand“).

Ahmad Berwari, Repräsentant der KRG/Sulaimaniya in Deutschland und Dilshad Barzani, Vertreter der KRG in Deutschland

Die Kurden im Nordirak und die Unabhängigkeit

Von *KARIM EI-GAWHARY*

(...) Im Moment läuft im Irak eine hitzige Debatte darüber, welchen Raum die Kurden in einem zukünftigen föderativen System einnehmen sollen. Nach dem Golfkrieg 1991 war in den drei nördlichen Provinzen des Irak, Arbil, Suleimaniya und Dohuk, eine kurdische autonome Zone geschaffen worden, in der die Kurden de facto unabhängig von Bagdad lebten. Nun geht es um die Frage, wie diese Gebiete wieder in einen Gesamtirak eingegliedert werden können und welche föderativen Grenzen das neue Konstrukt haben sollte.

Bisher herrschte im Irak weitgehende Übereinstimmung darin, die drei rein kurdischen nördlichen Provinzen in Zukunft als geografischen kurdischen Bundesstaat festzuschreiben. Die Kurden verlangen aber, dass auch andere Gebiete, in denen sie die Bevölkerungsmehrheit stellen – oder, vor Saddam Husseins Arabisierung, stellen –, den neuen kurdischen Provinzen zugeschlagen

werden. Dabei haben sie insbesondere die erdölbreiche Provinz Kirkuk im Blick.

Während die kurdischen Parteien jetzt mit Maximalforderungen aufwarten, ziehen sich Iraks Araber von bereits Vereinbartem zurück. Die Kurden bestehen darauf, dass sie von anderen arabischen Oppositionsparteien gegen Saddams Regime, wie dem schiitischen Obersten Rat der Islamischen Revolution (Sciri), bereits vor dem Krieg Garantien für eine „föderale kurdische Provinz“ erhalten hätten. Aber seit dem Sturz Saddams und der Etablierung eines irakischen Übergangsrats haben sich insbesondere die Schiiten von dieser Position ein wenig zurückgezogen. Sie argumentieren nun, dass die Frage der Unabhängigkeit des Landes im Vordergrund stehen und der ganze Komplex der Föderation erst nach demokratischen Wahlen beschlossen werden sollte. Eine Position, die bei den Kurden, die in einem gewählten Parlament nur eine Minderheit stellen würden, auf großes Misstrauen stößt.

Der Standpunkt der US-Besatzer dazu ist auch unklar. Bisher weigert sich Washington, den Kurden öffentlich Garantien zu geben. In Gesprächen mit den Kurdenführern Massud Barsani und Jamal Talabani wurde von US-Seite erklärt, dass sie auch in einem föderativen System nicht viel mehr zu erwarten hätten als die drei nördlichen Provinzen, vielleicht sogar weniger.

Auch die benachbarten Staaten mit einer eigenen kurdischen Minderheit sträuben sich. „Wenn es eine föderale Struktur im Irak auf ethnischer Basis geben wird, dann wird die Zukunft sehr schwierig und blutig“, warnte beispielsweise der türkische General Ilker Basbuk jüngst unverhohlen.

Zumindest vor den letzten Anschlägen versuchten kurdische Politiker, nicht noch mehr Öl in die Flammen zu gießen, und zeigten sich pragmatisch. „Ich bin Kurde, aber ich erwarte nicht, dass alle unsere Forderungen voll erfüllt werden. Aber ich erwarte Kompromisse von allen Seiten“, erklärte das kurdische Mitglied des Irakischen Regierungsrates, Mahmud Osman, in einem Interview mit der taz.

„Unsere Gebiete wurden arabisiert, wir wurden vertrieben, und es gab einen Völkermord an uns“, sagt er zurückblickend. Die Kurden hätten an dem Krieg aufseiten der Amerikaner teilgenommen, für sie gebe es keine Rückkehr mehr zum alten Status quo, fährt Osman fort und fordert nicht nur Garantien in der irakischen Verfassung, sondern auch von internationaler Seite. „Ich möchte ehrlich sein: Als Kurde wünsche ich natürlich einen unabhängigen Staat, aber das ist in der gegenwärtigen Situation unrealistisch; also fordere ich unsere Rechte innerhalb des Staates, in dem wir leben“, sagt Osman, der keiner der beiden großen kurdischen Parteien angehört.

Die Gebiete, die heute unter kurdischer Kontrolle sind, sollten das bleiben, die Situation in umstrittenen Gebieten wie Kirkuk müsse sich dagegen erst normalisieren, schlägt er vor. Zunächst sollten die vertriebenen Kurden zurückkehren, dann könne über die Zukunft der Gebiete abgestimmt werden. Generell gelte jedoch, dass sich alle Seiten flexibel zeigen und ihre Probleme im Dialog lösen müssten.

Weit von Osmans gut abgeschirmtem Büro in Bagdad entfernt, an der kurdischen Universität in Suleimanija, lässt sich beobachten, wie schwer das fällt. In der Cafeteria diskutiert eine Gruppe Studenten zwischen zwei Seminaren leidenschaftlich über ihre Zukunft. Sie sind alle nicht im Irak Saddam Husseins, sondern in der kurdischen Autonomie aufgewachsen und können sich nur schwer vorstellen, wieder von Bagdad aus regiert zu werden. „Wir waren in den letzten zehn Jahren frei, wir haben unsere Region wirtschaftlich entwickelt, und wir leben hier heute, anders als der Rest Iraks, in Sicherheit“, hatte der 21-jährige Englischstudent Haukar Mahmud noch wenige Tage vor den Anschlägen im benachbarten Arbil erklärt.

(taz, 3.2.04)

Wie ein Körper ohne Herz

Von Inga Rogg

Bei den kommenden politischen Auseinandersetzungen wird der Status von Kirkuk zentrales Thema sein. Die KurdInnen wollen auf die Stadt auf keinen Fall verzichten.

Man könne von den Kurden in vielem Zugeständnisse erwarten, sagte Sami Abdul Rahman vor einiger Zeit in einem Gespräch. Nur nicht in der Frage von Kirkuk. Nicht zuletzt wegen Kirkuk hatten die KurdInnen jahrzehntelang gegen das irakische Regime gekämpft, immer hatten sie verhandelt, immer wieder waren sie gescheitert. Das werde jetzt, nach dem Sturz des Regimes, nicht noch einmal passieren, sagte Sami Abdul Rahman.

Am Sonntag (1. 2. 04) riss ein Selbstmordattentäter den kurdischen Politiker in den Tod, als dieser ihm die Hand reichte. Beinahe zeitgleich waren zwei Selbstmordattentäter in die Vertretungen der Demokratischen Partei (KDP) und der Patriotischen Union Kurdistans (PUK) in Arbil eingedrungen, wo anlässlich des islamischen Opferfestes gerade große Empfänge stattfanden, und sprengten sich in die Luft. Bei den Anschlägen starben mehr als hundert Menschen.

Im Jahr 1970 hatte die KDP mit Bagdad ein Autonomieabkommen ausgehandelt. Vier Jahre lang verhandelte Sami Abdul Rahman, der seit den sechziger Jahren im Führungskader der KDP war, über die Umsetzung des Abkommens. Dabei gelang es den Kurden, dem Regime weitreichende Zugeständnisse abzurufen. Auf Bagdader Seite stand ihnen ein junger, aufstrebender Politiker gegenüber, der sich mit dem Abkommen die Sicherung seiner Stellung in der Hierarchie der Baath-Partei erhoffte: Saddam Hussein.

Kurdisch wurde neben Arabisch zur zweiten Amtssprache, in Kirkuk erlebten kurdische Kultureinrichtungen eine Zeit der Blüte, und selbst ein Teil der Polizeigewalt wurde den KurdInnen unterstellt. Viele KurdInnen in Kirkuk erinnern sich heute an diese Zeit oft als an ein kurzes goldenes Zeitalter. Die Verschnaufpause währte nicht lange. Die Gespräche scheiterten schließlich, weil Bagdad den von der KDP geforderten Autonomiestatus für die Regionen um Kirkuk, Chanakin und

Sindschar ablehnte. Auch in der Frage der Verteilung der Erdöleinkünfte erzielte man keine Einigkeit. Die KDP nahm den Guerillakampf wieder auf, der aber bereits ein Jahr später in sich zusammenbrach, als das Nachbarland Iran den kurdischen Peschmerga-KämpferInnen seine Unterstützung entzog. Schätzungsweise 250 000 KurdInnen flohen in den Iran.

Für die KurdInnen von Kirkuk folgten die bleiernen Jahre. Das Regime liess die Kultureinrichtungen nach und nach schließen, Tausende landeten im Gefängnis, viele wurden aus dem Staatsdienst ausgeschlossen. 1976 erließ das Regime eine Gebietsreform, die zahlreiche kurdische Bezirke um Kirkuk Provinzen mit arabischer Mehrheit zuschlug. Zeitgleich brachte Bagdad ein systematisches Umsiedlungsprogramm auf den Weg. Während AraberInnen aus dem Süd- und Zentralirak durch Geldzahlungen und den kostengünstigen Kauf von konfisziertem kurdischem Haus- und Bodenbesitz nach Kirkuk gelockt wurden, hatten es KurdInnen immer schwer; schließlich wurde es für sie sogar unmöglich, in der Stadt Grundbesitz zu erwerben. In so genannten Mustersiedlungen, die zeitweise nichts anderes als Internierungslager waren, wurden Zehntausende DörflerInnen angesiedelt, ihre Ländereien teils an arabische SiedlerInnen übereignet.

Im Schatten des Iran-Irak-Kriegs gelang es der kurdischen Guerilla, Teile Kurdistans unter Kontrolle zu bekommen. Als das Regime sogar Kirkuk an die Peschmerga zu verlieren drohte, entschloss es sich zum endgültigen Gegenschlag. Unter Federführung von Saddams Vollstrecker Ali Hassan al-Madschid wurden 1987 die Grundzüge für den Auslöschungsfeldzug beschlossen. In acht Offensiven verwüsteten die Streitkräfte 1988 rund 4000 kurdische Dörfer. Nach einer Untersuchung von kurdischen ÄrztInnen setzte die irakische Luftwaffe dabei in 200 Fällen Giftgas ein. Beim Gasangriff auf die Grenzstadt Halabscha starben im März 1988 etwa 5000 Menschen. Wem es gelang, aus den Dörfern zu fliehen, wurde später zu den regionalen Sammelstellen getrieben und von dort ins Gefängnis gebracht. Mehrere zehntausend wurden auf der Stelle abtransportiert und hingerichtet. Andere Gefangene kamen nach einer Generalamnestie im September 1988 zwar wieder frei, doch an eine Rückkehr in die früheren Dörfer war nicht zu denken. Wie schon die Vertriebenen der siebziger Jahre wurden sie in Lagern angesiedelt, die leicht zu kontrollieren waren. Zwischen Kirkuk und dem ebenfalls ölreichen Chanakin an der iranischen Grenze gab es keinen kurdischen Weiler mehr. Kurdistan ohne Kirkuk, das sei wie ein Körper ohne Herz, sagte Sami Abdul Rahman in dem Gespräch. Wenn heute AraberInnen in Kirkuk unter der Losung „Kirkuk ist arabisch“ demonstrieren, dann legen sie den Finger in die historische Wunde der KurdInnen. Kirkuk mit seinem Ölschatz ist für sie nicht nur eine Frage des ökonomischen Überlebens. Vielmehr geht es ihnen um die Wiedergutmachung von jahrzehntelangem Unrecht.

(WoZ, 5.2.04)

Flüchtlingscampinsassen in Machmur dürfen in die Türkei?

Über 13.000 von der türkischen Militär vertriebenen KurdInnen, die seit über 10 Jahren im Irak leben, können in die Türkei zurückkehren, heißt es nach einem Treffen zwischen UNO, der Türkei und den USA. Das bestätigte ein Mitarbeiter des türkischen Außenministeriums in Ankara am 23. Januar 2004.

Danach garantiert die irakische Seite, dass die Rückkehr der seit mehr als einem Jahrzehnt im irakischen Exil lebenden Kurden ohne Druck erfolgt. Die türkische Regierung hat im Gegenzug versichert, dass die Betroffenen in ihre Dörfer oder jeden Ort ihrer Wahl zurückkehren dürfen. Außerdem sollen sie vorher über möglicherweise gegen sie in ihrer Abwesenheit eingeleitete Strafverhandlungen informiert werden. Die Türkei hat außerdem versprochen, dass die Kurden in den ersten sechs Monaten nach ihrer Rückkehr nicht zum Militärdienst eingezogen werden. Im Irak geborene kurdische Kinder sollen demnächst die türkische Staatsbürgerschaft erhalten.

Das Flüchtlingslager wird von den Vereinten Nationen (UNHCR) betreut. Ein UNHCR-Sprecher sagte, eine Schließung des Lagers komme erst in Frage, wenn alle Bewohner in ihre Heimat zurückgekehrt seien. Über dies werde eine „dauerhafte Lösung“ für die Kurden gefunden, die nicht in die Türkei zurück wollten.

Ein Mitarbeiter des türkischen Außenministeriums sagte, der türkische Ministerrat müsse das nach einer Reihe von Treffen zustande gekommene Abkommen noch ratifizieren, bevor es offiziell unterzeichnet werde.

Die betroffenen kurdischen Flüchtlinge äußerten sich skeptisch zu dem Abkommen. Die Türkei müsse, die Existenz der Kurdenfrage anerkennen und zur Lösung dieser Frage die notwendigen Maßnahmen einleiten. Das heißt, die Türkei muss, Unterricht in kurdischer Sprache einführen, die Rückkehr der Vertriebenen sicherstellen, Schadenersatz bereitstellen usw. Was wird mit den Schülerinnen und Schülern, die seit über 10 Jahren in kurdischer Sprache unterrichtet wurden und Gymnasien und die Mittelschule in Kurdisch absolviert haben und kein Wort Türkisch können?

(Netzeitung.de, 23.1.04; taz und FR, 24.1.04)

Kommunalwahlen:

Linker Wahlblock gegründet

Zu den Kommunalwahlen in der Türkei am 28. März 2004 werden sechs linke Parteien in einem Wahlbündnis antreten. Mit dabei sind die prokurdische Demokratische Volkspartei DEHAP, die maoistische Partei der Arbeit EMEP, die Partei der Freiheit und Solidarität ÖDP, die prokurdische Freie Partei, die Sozialdemokratische Volkspartei SHP und die Sozialistische Demokratische Partei SDP.

Das linke Bündnis will gegen Korruption und Arbeitslosigkeit kämpfen, Privatisierungen und Sozial-

abbau stoppen und sich für eine Demokratisierung des Landes einsetzen. Die Kandidaten sollen nicht wie bisher in der Türkei üblich von den Parteiführungen bestimmt, sondern direkt in den Kommunen von Basisversammlungen gewählt werden.

Als Nachfolgepartei der vor einem Jahr verbotenen HADEP ist die DEHAP stärkste Kraft in den kurdischen Landesteilen. Seit der letzten Kommunalwahl stellt sie dort mehrere Dutzend Bürgermeister. Bei der Parlamentswahl im November 2002 scheiterte die DEHAP landesweit mit 6,2 Prozent (= 1,9 Millionen Stimmen) an der Zehnprozenthürde.

(ÖP, 30.1.04; junge Welt, 6.2.04; ÖP, 11.2.04)

Israel-Türkei:

Wasser für Kanonen

Die Türkei schließt mit Israel einen „Wasser-gegen-Waffen“-Vertrag ab und will in den kommenden 20 Jahren jährlich 50 Millionen Kubikmeter Wasser nach Israel liefern. Im Gegenzug werde Israel das NATO-Land Türkei mit Panzern und Luftwaffentechnologie ausstatten, berichtete die britische Tageszeitung „Guardian“ am 6. 1. 2004.

Dies sehe ein Abkommen vor, das Israels Regierungschef Ariel Scharon und der türkische Energieminister Zeki Cakan am 5. Januar in Jerusalem unterzeichnet hätten. Die Türkei wird demnach eine Flotte von Riesentankern aufstellen, mit denen über einen Zeitraum von 20 Jahren jährlich 50 Millionen Kubikmeter Wasser aus dem Fluss Manavgat über das Mittelmeer nach Israel transportiert werden sollen. Für einen Kubikmeter Wasser wird etwa ein Dollar berechnet.

Die „Wasser-gegen-Waffen“-Vereinbarung festigt die ausgezeichneten wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zwischen dem muslimischen und dem jüdischen Staat weiter. Diese werden höchstens manchmal verbal getrübt, wenn die Türkei Protest gegen die Palästinenserpolitik Scharons einlegt. Die Türkei ist spätestens seit 1996 einer der Hauptverbündeten Israels in der Region. Damals unterzeichneten die beiden Länder ein Abkommen zur militärischen Zusammenarbeit, das mit dem größten Auftrag an Israels Rüstungsindustrie, der Modernisierung von 54 türkischen F-4-Kampfflugzeugen, gestartet wurde.

(Rheinische Post, 6.1.04; SZ, 9.1.04; taz, 12.1.04; Bremer Nachrichten, 15.1.04)

Abrüstung zwischen Griechenlands und der Türkei

Eine Abrüstungsinitiative Griechenlands ist in Ankara anscheinend auf ein positives Echo gestoßen. „Wir wollen zum Frieden und zur Stabilität in der Region beitragen und mit Griechenland in guter Nachbarschaft leben“. Mit diesen Worten griff der türkische Außenmini-

ster Abdullah Gül eine Abrüstungsinitiative seines griechischen Kollegen Papandreou auf. Dieser hatte angekündigt, er wolle im Falle eines Wahlsieges seiner Partei mit der Türkei über einen Rüstungsabbau verhandeln. Gül erinnerte daran, dass die Türkei bereits Schritte in Richtung auf Abrüstung getan habe, indem sie mehrere geplante Manöver in der Ägäis abgesagt habe. Was die in beiden Ländern mächtigen Militärs von neuen Abrüstungsschritten halten, ist aber noch offen. Die jeweiligen Rüstungsprogramme sprechen eine andere Sprache. In den Generalstäben der beiden Länder gelten nach wie vor die alten Feindbilder: Griechenland sieht sich durch die Türkei bedroht und die Türkei durch Griechenland, schreibt der Türkei-Korrespondent der FR, Gerd Höhler. Trotz Kooperationsabkommen in jüngster Zeit sind bisher wichtige Probleme ungelöst. Vor allem geht es um Hoheitszonen zu Wasser und in der Luft.

(FR vom 21. 1. 2004)

Teile der US-Antiterrorgesetzes „zu unbestimmt“

Eine US-Bundesrichterin hat erstmals Teile des nach dem 11. September 2001 erlassenen Antiterrorgesetzes (Patriot Act) für verfassungswidrig erklärt. Dabei geht es um die Vorschrift, die jegliche Unterstützung und Hilfen für Gruppen verbietet, die zu ausländischen Terrororganisationen erklärt wurden.

Richterin Audrey Collins erklärte in ihrem Urteil am 23. 1. 04 die Wortwahl in der Regelung sei „zu unbestimmt“. Das Justizministerium prüft das Urteil.

Geklagt hatten fünf Organisationen und zwei US-Bürger, die sich nach Angaben des Gerichts für legale und friedliche Aktivitäten der Arbeiterpartei Kurdistans PKK und der Befreiungstiger von Tamil Eelam einsetzen wollten. Die Kurdische Arbeiterpartei und die Befreiungstiger von Tamil Eelam stehen seit 1997 auf der US-Liste ausländischer Terrororganisationen. Am 15. Januar 2004 meldete die türkische Zeitung Hürriyet, dass die Nachfolgeorganisation der PKK/KADEK, der Nationalkongress Kurdistan Kongra-Gel ebenfalls in Liste ausländischer Terrororganisationen aufgenommen wurde.

(H, 15.1.04; kurier.at, 27.01.2004)

Schweizer Nationalrat erkennt Völkermord an den Armeniern an

Der Nationalrat der Schweiz hat am 16. Dezember 2004 den Völkermord an den Armeniern 1915 bis 1918 in der Türkei anerkannt. Einen Tag später reagierte die türkische Regierung. Am 17. Dezember 2003 wurde der Schweizer Botschafter in Ankara, für ein „langes Gespräch“ ins Außenministerium zitiert. Bisher haben Frankreich, Italien, Schweden, Russland, Argentinien und die Schweiz den Völkermord an den Armeniern anerkannt.

Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) forderte die deutsche Bundesregierung und die Fraktionen des deutschen Bundestag am Dienstag auf, diesem Beispiel zu folgen. „Deutschland muss diesen Genozid anerkennen, dem etwa 1,5 Millionen Armenier zum Opfer gefallen sind“, sagte der GfbV-Generalsekretär Tilman Zülch. „Wir dürfen weder vergangenen noch gegenwärtigen Völkermord verdrängen und keine Rücksicht auf Ressentiments bestimmter türkischer Kreise nehmen.“

(PM, GfbV, 16.12.03; H, 17.12.03; NZZ, 18.12.03)

Film Ararat und die Angst vor der Vergangenheit

Der vor zwei Jahren bei den Filmfestspielen in Cannes gezeigte Film „Ararat“ behandelt die Vertreibung der Armenier im Ersten Weltkrieg. Nach heftigen offiziell und inoffiziellen Protesten und Angriffen wird Ararat in der Türkei nicht in die Kinos kommen. Dem Rückzieher waren Drohungen auf einer Website der Grauen Wölfe vorangegangen, der Jugendorganisation der pro faschistischen Nationalistischen Bewegungspartei MHP.

Ein Sprecher des Verleihs sagte, man wolle nicht riskieren, dass es zu Zwischenfällen komme, und man wolle den Zuschauern auch nicht zumuten, unter Polizeischutz ins Kino zu gehen.

Der türkische Kulturminister Erkan Mumcu nannte „Ararat“ einen „primitiven, nicht mit den historischen und wissenschaftlichen Tatsachen übereinstimmenden, ästhetisch wertlosen Propagandafilm“.

Der Zentralrat der Armenier in Deutschland e.V. (ZAD) teilt mit, dass der offizielle Start für den lange ersehnten Film Ararat des bekannten armenisch-kanadischen Filmregisseurs Atom Egoyan in Deutschland am 22. Januar 2004 beginnt.

Für weitere Infos:

Z A D, Postfach 703040, D-60567 Frankfurt
zad@d-armenier.de, www.d-armenier.de

(Deutsche Welle online, 8.1.04; taz, 27.1.04)

Türkei: Transit für Flüchtlinge

Nach offizieller türkischer Darstellungen wurden im Zeitraum von 4 Jahren (1999-2003) insgesamt 728.534 Personen gefasst, die auf ihrer Flucht nach Europa die Türkei als Durchgangsland benutzten. Sie wurden wegen illegalem Aufenthalt oder Verletzung der Visumpflicht polizeilich behandelt und dann ausgewiesen. Die verhafteten Personen kamen aus 162 Ländern. Die meisten stammten aus dem Irak (71.518), gefolgt von Moldavien (40.806), Afghanistan (27.033), Pakistan (23.164) und dem Iran (19.556). Bei dem Versuch, die Türkei illegal zu verlassen, wurden außerdem 22.737 türkische Staatsbürger festgenommen.

(Radikal vom 5.1.04; Demokratisches Türkeiforum, TIHV Wochen 01 und 02/2004)

40.000 Unterschriften für Bleiberecht

Pro Asyl hat ein Bleiberecht für geduldete Flüchtlinge gefordert. Das Fehlen einer Bleiberechtsregelung sei einer der zentralen Mängel des geplanten Zuwanderungsgesetzes, kritisierte die Flüchtlingsorganisation am 5. Februar 2004. Pro Asyl will dem Petitionsausschuss des Bundestags einen Aufruf für ein Bleiberecht mit 40.000 Unterschriften überreichen.

Den Aufruf mit dem Titel „Wer lange hier lebt, muss bleiben dürfen“ hatte die Organisation im Oktober 2003 gestartet. Darin fordern Prominente aus Politik, Kultur und Kirchen ein Bleiberecht für Flüchtlinge, die zwar nicht abgeschoben werden, aber kein Aufenthaltsrecht erhalten. 2002 gab es mehr als 200.000 Geduldete in Deutschland. „Wenn nicht endlich eine praktikable und vernünftige Härtefallregelung kommt, und eine gerechte Lösung für die Tausende von Menschen gefunden wird, die zum Teil seit mehr als 10 Jahren ohne gesicherten Aufenthalt in Deutschland leben, könnten die Kirchenasyle bald wieder erheblich ansteigen. Zudem steht zu befürchten, dass viele Menschen in die Illegalität gedrängt werden.“ so Wolf-Dieter Just, Vorsitzender der Ökumenischen Bundesarbeitsgemeinschaft Asyl in der Kirche. „Wir fordern die Verhandlungsgruppe Zuwanderung im Vermittlungsausschuss auf, eine Bleiberechtsregelung für lange hier lebende Menschen zu schaffen, die Schutzlücken für nichtstaatliche und geschlechts-spezifische Verfolgung zu schließen und mit einer gesetzlichen Härtefallregelung eine menschenrechtlich orientierte und humane Flüchtlingspolitik zu ermöglichen. Über die Verbesserung der Legehennhaltung wird in Deutschland intensiver debattiert als über menschenwürdige Wohn- und Lebensumstände für Flüchtlinge.“ Dieses Fazit zieht die Bundesweite Arbeitsgemeinschaft für Flüchtlinge PRO ASYL anlässlich des Tages der Menschenrechte.

(PM, Ökumenische Bundesarbeitsgemeinschaft Asyl in der Kirche e. V., 4.12.03, PM, Pro Asyl, 10.12.03; taz, 6.2.04)

Kriegsdienstverweigerer brauchen Asyl

Die Initiative der kurdisch-türkischen KriegsgegnerInnen in Deutschland KTSKI bittet um Unterstützung der Forderung auf Anerkennung der Kriegsdienstverweigerung als Asylgrund. Zu diesem Zweck sammelt sie Unterschriften bis zum 1. Mai 2004, um sie später dem Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge vorzulegen.

In dem Unterschriftentext heißt es u.a.: „In den letzten Jahren haben wir, kurdische und türkische KriegsgegnerInnen, wiederholt auf das fehlende Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung in der Türkei aufmerksam gemacht. In öffentlichen Aktionen forderten und fordern wir ein Ende der militärischen Einsätze in den kurdischen

Gebieten der Türkei, des Nordirak und Zypern, die vollständige Anerkennung und Einhaltung der Menschenrechte sowie ein Ende der Repressionen gegen Kriegsgegner und -gegnerinnen.

Mit unseren Aktionen kritisieren wir eine militarisierte Gesellschaft in der Türkei und treten für eine gerechte Änderung der Verhältnisse ein. Es reicht nicht aus, dass lediglich kosmetische Veränderungen an den politischen Verhältnissen vorgenommen werden, um dem Druck der Europäischen Union den Wind aus den Segeln zu nehmen. Wenn Menschenrechte eingefordert werden, antworten die Organe und Verantwortlichen in der Türkei weiter mit Repressionen, Folter und Unterdrückung.

Als Kriegsdienstverweigerer sehen wir uns ebenfalls diesen Repressionen ausgesetzt. Beispiele wie die von Osman Murat Ülke und Mehmet Bal zeigen, dass nicht nur Folter, sondern auch mehrmalige Verurteilung und Inhaftierung droht, wer bei seiner Entscheidung bleibt, keine Waffe in die Hand nehmen zu wollen.

Einige aus unserer Gruppe wurden abgeschoben. Sie wurden zur Ableistung des Kriegsdienstes gezwungen, wegen Desertion verurteilt und auch wegen ihren öffentlichen Äußerungen politisch verfolgt. Ein besonders eindrückliches Beispiel ist für uns das Schicksal von Mehmet Sait Demir, der wegen seiner schriftlich erklärten Verweigerung mehrmals inhaftiert und gefoltert wurde. Er konnte ein zweites Mal nach Deutschland fliehen und musste erleben, dass ihm das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge keinen Glauben schenkte. Kurz vor einer erneuten Abschiebung stellten Connection e.V. und Pro Asyl einen Petitionsantrag an den Deutschen Bundestag, der von vielen Menschen und Organisationen unterstützt wurde. Erst damit gelang es, seine Verfolgung glaubhaft zu machen. Inzwischen hat das Bundesamt seine Entscheidung revidiert und ihm Asyl gewährt. (...)

Wir fordern deshalb von den deutschen Behörden, insbesondere vom Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge, eine Revidierung der ablehnenden Asylbescheide: Kriegsdienstverweigerer aus der Türkei brauchen Asyl!"

Die Initiative wird unterstützt von Connection e.V. und der DFG-VK Berlin.

Connection e.V.

Tel. 069-8237 5534, Fax 069-8237 5535

office@Connection-eV.de, www.Connection-eV.de.

IPPNW-Delegationsreise

Wie jedes Jahr plant die IPPNW auch zu diesem Newroz eine Delegation in den kurdisch besiedelten Teil der Türkei zu entsenden.

Dr. Gisela Penteker schreibt: „Es ist wieder so weit. Newroz steht vor der Tür und die Kommunalwahlen in der Türkei. Die kurdischen Freunde bitten um Unterstützung durch Delegationen und Öffentlichkeitsarbeit.

Die Kollegen in Diyarbakir haben zum erstenmal in all den Jahren jemanden von IPPNW Deutschland zu

einem Panel am 13.3. anlässlich des Ärztefeiertags offiziell angefragt! Angelika Claussen hat sich bereit erklärt, zu fahren.

Ich stelle mir vor, diesmal direkt nach Van zu fliegen – letztes Jahr kamen wir nur bis zum letzten Kontrollposten vor der Stadt und wurden dann zurück geschickt. Es war der Tag, an dem der Irakkrieg begann. Und von dort zu versuchen über Hakkari, Uludere, Sirnak, Cizre, Midyat, Hasankeyf und Batman nach Diyarbakir zu fahren. Das dürfte zu Newroz und auch in Bezug auf den Wahlkampf interessant sein.

Das Risiko ist natürlich unter anderem, daß es noch viel Schnee geben kann und wir nicht durchkommen. Aber Flexibilität war ja schon immer gefragt.

Wer Kraft, Lust, Zeit und Interesse hat, möchte sich bitte schnell bei mir melden, weil wir die Tickets zügig bestellen müssen.“

Dr. med. Gisela Penteker, Fax 0 47 52/84 11 76
penteker@t-online.de

Delegationen zu Newroz und zu den Kommunalwahlen

YEK-KOM Föderation der Kurdischen Vereine in Deutschland ruft, wie jedes Jahr auch im Jahre 2004 zu Delegationsreisen anlässlich des Newroz-Festes und der Kommunalwahlen auf: „wie auch Ihnen bekannt ist, feiern die Völker des Mittleren Ostens am 21. März das Newroz-Fest. Für das kurdische Volk, eines der ältesten Völker dieser Region, hat Newroz jedoch eine besonders tief greifende Bedeutung. Es geht zurück auf die Legende, nach der der kurdische Schmied Kawa den Tyrannen Dehak besiegte und dem kurdischen Volk die lang ersehnte Freiheit brachte.

In der jüngsten Geschichte des kurdischen Volkes spielt dieser Tag eine sehr große Rolle im Bestreben um eine friedliche, politisch-demokratische Lösung der kurdischen Frage. Denn Newroz bedeutet „Neuer Tag“ und ist der Beginn des neuen Jahres und des Frühlings. Für die Kurden ist dieser Tag verbunden mit der Hoffnung auf Frieden und Anerkennung der kurdischen Identität, Kultur und Sprache...

Eine Woche nach dem Newrozfest finden Kommunalwahlen in der Türkei statt. Da die türkische Regierung nach dem Verbot der prokurdischen Partei HADEP jetzt auch nach Möglichkeiten einer Schließung ihrer Nachfolgepartei DEHAP sucht, ist eine Wahlbeobachtung, besonders in den kurdischen Provinzen von großer Wichtigkeit.“

Kontakt: Yek-Kom

Tel. 02 11-17 11 451, Fax 02 11-17 11 453

newroz2004@hotmail.com

Studienreise

Als Friedensfachkraft oder FreiwilligeR ins Ausland?
Praxisfelder in der Türkei

Mit dieser Reise bietet UMBRUCH – Bildungswerk InteressentInnen, die eine Ausbildung zur Friedensfachkraft anstreben oder als FreiwilligeR Friedens- und Menschenrechtsarbeit im Ausland machen möchten, die Möglichkeit, mit Friedens- und Menschenrechtsgruppen in Kontakt zu kommen und Praxisfelder beispielhaft in der Türkei kennen zu lernen.

Termin: 4.–11. 9. 04; Ort: Izmir;

Anmeldeschluss 25. 7. 04

Veranstalter: UMBRUCH – Bildungswerk

Tel. 0231-8633476

International@umbruch-bildungswerk.de

www.umbruch-bildungswerk.de

Neuerscheinungen

gekommen und geblieben

von *Michael Richter*

Warum hat Nermin Özdil 1973 als junge Frau die Türkei verlassen? Warum ist sie in Deutschland geblieben? Sie kam allein – ließ Mann und Kinder zunächst in der Türkei. Dreißig Jahre lebt sie nun schon in Norddeutschland. Hamburg ist ihr Zuhause, die Türkei das Land für Erinnerungen und Urlaube. Die Lebensgeschichten von 10 Menschen werden im Buch wiedergegeben.

Edition Körper-Stiftung

Fax 040-72 50 36 45, ISBN 3-89684-048-7

Perspektiven der Zivilgesellschaft Sivil toplumun gelecegi

„In der Türkei ist die zivile Autorität der militärischen untergeordnet. Das ist mit den institutionellen und formellen Erfordernissen der Demokratie nicht vereinbar.“ (Prof. Dr. Bülent Tanör)

„Was ist das Ziel von Politik? Ist es unser Ziel, dass der Staat das Ganze kontrolliert? Oder ist es vielleicht das Ziel von Politik, Teilhabe zu organisieren?“ (Petra Pau, MdB)

Und viele andere Wortmeldungen in deutscher und türkischer Sprache.

Edition Körper-Stiftung

Fax 040-7250 3645, ISBN 3-89684-055-X

Publikationen zum Dialog

1. *Türkei: Ausweg aus der Sackgasse. Zur friedlichen Lösung der Kurdenfrage*, von Mehmet Sahin
76 Seiten; März 1997, ISBN 3-929522-43-8
2. *Totgesagte leben länger. Die Friedensbewegung*.
von Andreas Buro,
207 Seiten; 12,00 EUR, September 1997,
ISBN 3-929522-42-X
3. *Wirtschaft contra Militär in der Türkei*
Aus dem TÜSIAD-Bericht:
„Perspektiven der Demokratisierung in der Türkei“
84 Seiten; 4,00 EUR, Oktober 1997,
ISBN 3-929522-46-2
4. *Parlamentarier der Türkei durchbrechen Tabu in der Kurdenfrage*
Parlamentarische Kommission berichtet über systematische Vertreibung und fordert eine neue Politik
108 Seiten; 4,00 EUR, Juli 1998,
ISBN 3-933325-03-X (vergriffen)
5. *Eine europäische Friedensinitiative zur Kurdenfrage ist notwendig*
Standpunkte-Berichte-Dokumente
200 Seiten; 6,00 EUR, Oktober 1999,
ISBN 3-933884-01-2
6. *Türkei: Krieg oder Frieden?*
Die türkisch-kurdische Gesellschaft meldet sich zu Wort, 250 Seiten; 7,50 EUR, Januar 1999,
ISBN 3-933884-00-4
7. *Türkei-Kurdistan: Eine Reise durch die jüngste Vergangenheit*, Ein Dossier über
das Jahr 2000 minus 1, von Mehmet Sahin,
207 Seiten, 6,00 EUR, November 1999,
ISBN: 3-933884-02-0
8. *Eine Auswahl kurdischer Vornamen / Desteyek ji Navên Kurdî*, von Mehmet Sahin,
181 Seiten, 5,00 EUR, Oktober 2000,
ISBN: 3-933884-03-9
9. *Helsinki'den Brüksel'e: Avrupa Birliği, Türkiye ve Kürtler*, von Mehmet Sahin,
229 Seiten, 7,50 EUR, Juni 2001,
ISBN: 3-933884-04-7
10. *Die Europäische Union, die Türkei und die Kurden*,
von Mehmet Sahin,
239 Seiten, 7,50 EUR, Oktober 2001,
ISBN: 3-933884-06-3
11. *Daten und Fakten zu Kurden und Kurdistan – Eine Chronologie*, von Mehmet Sahin / Ralf Kaufeldt,
555 Seiten, 17,00 EUR, September 2002,
ISBN: 3-933884-08-X
12. *Zur Lage und zu den Erwartungen der kurdischen Vertriebenen – Eine Studie von Göc-Der*
Hg.: Dialog-Kreis, Evangelische Kirche im Rheinland, IPPNW, Pro Asyl und Pro Humanitate
238 Seiten, 8,00 EUR, Dezember 2002,
ISBN: 3-933884-09-8
13. *Nützliche Nachrichten*
Diese Publikation des Dialog-Kreises erscheint viermal jährlich, mit Meldungen, die für Kurden, Türken und Deutsche in der Bundesrepublik wichtig sind.

Alle aufgeführten Publikationen sind über den Dialog-Kreis zu beziehen.

G I 4654

NN 31, Feb 2004

(Redaktionsschluss: 24.02.2004)

**Port payé
Köln
Allemagne**

Sendung zu ermäßigtem Entgelt
Envoi à taxe réduite

Anfänge der Zivilcourage und wie Dinge gedreht werden

Christiane Schlötzer von der Süddeutschen Zeitung schilderte in ihrem Artikel am 3. 12. 03 eine Geschichte der vertriebenen BäuerInnen, die gewagt haben ein Jahr nach Aufhebung des Ausnahmezustandes vor Gericht zu ziehen: „Mit zwei Dutzend anderen Vertriebenen fordert der verarmte Bauer eine Entschädigung für sein zerstörtes Haus in der kurdischen Bergregion von Kulp, 145 Kilometer nordöstlich von Diyarbakir.

Der Gerichtsprozess ist eine spektakuläre Premiere für Diyarbakir und für das ganze Land. Da treten Frauen mit zerfurchten Gesichtern und rissigen Händen vor Richter in Seidenroben und sagen Sätze, die sie vor nicht allzu langer Zeit nur zur eigenen Familie flüsterten.

„Wer hat Ihr Dorf verbrannt?“, fragt der Richter. „Die Regierungskräfte“, antwortet die Bäuerin Emine Toprak, und als der Richter wissen will, ob sie bereit sei, dies zu beenden, versichert die Frau, die nur Kurdisch kann, diese lange aus der Öffentlichkeit verbannte Sprache: „Ich habe nur Angst vor Gott, vor sonst niemand.“

„Wie eine Psychotherapie“ empfindet der Anwalt Sezgin Tanrikulu den Prozess. „Diese Menschen treten erstmals mit 50 Anwälten an ihrer Seite vor eine staatliche Stelle und sprechen über das, was vor zehn Jahren geschehen ist.“ So wird das Gerichtsverfahren zu einer Art Wahrheitskommission zur Aufarbeitung eines blutigen Kapitels türkischer Geschichte. Vor zehn Jahren hatten die Kämpfe zwischen der kurdischen Guerilla PKK und den türkischen Sicherheitskräften ihren Höhepunkt erreicht. Mehr als 30 000 Opfer haben sie in 15 Jahren gefordert. Eine Parlamentskommission in Ankara hat bilanziert, dass mehr als 3400 Dörfer zerstört wurden. (...)

„Der Staat will eigentlich keine Vergangenheitsbewältigung“, sagt der Anwalt Tanrikulu. Er weiß, wovon er spricht. Der Prozess der Dörfler ist nämlich auch eine Kuriosität. Die Bauern hatten sich an Tanrikulu gewandt, damit er ihnen bei der Klage helfe. Tanrikulu ist Chef der Anwaltskammer von Diyarbakir und gilt als unerschrockener Jurist. Wie bei Verfahren gegen den Staat üblich, schrieb er im Januar 2002 zuerst an den örtlichen Gouverneur. In dem Schreiben verwies er darauf, dass das Bauministerium die Zerstörung der Häuser festgestellt habe, ließ jedoch offen, wer für den Schaden verantwortlich sein könnte. Das Gouverneursamt aber gab den Brief an die paramilitärische Gendarmerie weiter,

worauf Tanrikulu selbst angeklagt wurde: wegen Staatsbeleidigung.

So kommt es, dass nun der Anwalt auf der Anklagebank sitzt und nicht der Staat, die Gendarmerie oder die türkische Armee. Und die Dörfler, die eigentlich klagen wollten, treten als Tanrikulus Zeugen auf. „Dies ist ein Prozess wie ein Verkehrsunfall“, sagt der Anwalt. Ein Unfall, der entsteht, wenn jemand auf der falschen Spur fährt. „Doch es ist ein historischer Prozess für die Türkei“, beharrt Tanrikulu. (...)

Mit der Verhaftung Abdullah Öcalan ging das militärische Kräftemessen im Südosten 1999 offiziell zu Ende. Aber erst am 1. Dezember 2002 wurde der Ausnahmezustand in Diyarbakir aufgehoben, nach 24 Jahren. Im Jahr Eins der neuen Zeitrechnung ist das Leben in die Stadt am Tigris zurückgekehrt. In den Bazars gibt es Obst und Gemüse in Hülle und Fülle. Süßes Halva aus Honig und Sesam wird in Blöcken, groß wie Stangeneis, verkauft. Wenn es dunkel wird, sind die Straßen nicht mehr leergefegt wie zu Zeiten der Ausgangssperre. Und im städtischen Theater werden erste Stücke in kurdischer Sprache gespielt, bezahlt aus öffentlichen Geldern.

Eine Theaterkarte kostet weniger als einen Euro – zuviel für Halil und seine Eltern. Der Vater arbeitet für weniger als 100 Euro im Monat als Wächter und möchte lieber heute als morgen zurück in sein Dorf und sein Haus wieder aufbauen, „auch wenn es dort keinen Strom und keine Moschee mehr gibt“. Mit dem Guerilla-Krieg, sagt der Kurde, wollte er nie etwa zu tun haben. Aber die PKK kam auch in sein Dorf. „Sie verlangten Essen von uns.“ Ein halbes Brot und drei Gurken habe er ihnen gegeben. „Auch wenn meine Feinde zu mir kommen, werde ich ihnen Essen geben, das ist unsere Tradition.“ Die Gendarmerie forderte, dass zehn Männer aus dem Ort „Dorfschützer“ werden. So hieß die vom Staat bewaffnete Dorf-Wehr, die gegen die PKK kämpfen sollte. Niemand in seinem Ort habe diesen Job tun wollen. „Damit waren wir für den Staat ein kriminelles Dorf.“

In zwei Wellen sei der Ort dann von Gendarmen zerstört worden, sagt der Bauer. Ein Landwirt aus Kulp hat schon eine Entschädigung erstritten, vor dem Europäischen Gerichtshof. Die anderen wollen ihr Geld nun ohne Umwege aus Ankara. Tanrikulu sagt, „es müsste ein Entschädigungsgesetz geben“.